

Präventive Selbstverteidigung als Antwort? Rekonstruktion eines Weltbildes

Schwehm, Johannes

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schwehm, J. (2006). *Präventive Selbstverteidigung als Antwort? Rekonstruktion eines Weltbildes*. (Discussion Papers / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Forschungsschwerpunkt Zivilgesellschaft, Konflikte und Demokratie, Abteilung Transnationale Konflikte und Internationale Institutionen, 2006-302). Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-114216>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

DISCUSSION PAPER

WZB

WISSENSCHAFTSZENTRUM BERLIN
FÜR SOZIALFORSCHUNG

SOCIAL SCIENCE RESEARCH
CENTER BERLIN

SP IV 2006-302

Präventive Selbstverteidigung als Antwort?
Rekonstruktion eines Weltbildes

Johannes Schwehm*

*E-Mail: schwehm@wz-berlin.de



ZITIERWEISE ● CITATION

Johannes Schwehm

Präventive Selbstverteidigung als Antwort? Rekonstruktion eines Weltbildes

Discussion Paper SP IV 2006-302, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung 2006

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
Reichpietschufer 50, 10785 Berlin, Federal Republic of Germany

Tel.: +49/30/25491-0 ● *Fax:* +49/30/25491-684

E-mail: wzb@wz-berlin.de ● *Internet:* <http://www.wz-berlin.de>

Abstract

Preventive Self-defense as an Answer?

The unilateral claim of preventive self-defense raised by U.S. President George W. Bush in reaction to the devastating attacks of September 11th has triggered much discussion. The claim for the preventive use of force as it has been executed during the Iraq War appears to represent a revolution in international affairs. It seems that preventive self-defense fits neither with the long-standing traditions in American foreign policy nor with the established regime of international law. But does this mean that it is inappropriate and illegitimate? This paper tries to analyze the world-view of preventive self-defense advocates without prejudice. The most important part of the analysis will be to examine the logical coherence of the argumentation. The purpose pursued in this paper is to add an analytical – rather than polemic – contribution to the ongoing debate about the future use of force in the realm of international affairs.

Zusammenfassung

Präventive Selbstverteidigung als Antwort?

Wenige Monate nach den verheerenden Terroranschlägen vom 11. September 2001 deklarierte die Regierung der Vereinigten Staaten ein Recht auf präventive Selbstverteidigung. Der von der Bush-Administration unilateral verkündete Anspruch auf ein solches Recht ist sowohl in- als auch außerhalb der USA heftig umstritten. Sofern auf Grund der geringen Anschlussfähigkeit an klassische Politikansätze, akademische Theorieschulen, tradierte Moralvorstellungen und existierende Normensysteme die Legitimität präventiver Selbstverteidigung nicht per se bestritten werden soll, bedarf es für eine konstruktive Auseinandersetzung mit dieser Position zunächst einer genuinen Betrachtung des Weltbildes, vor dessen Hintergrund die Befürworter präventiver Selbstverteidigung argumentieren. In diesem discussion paper soll daher der Versuch unternommen werden, das hinter dem Anspruch auf präventive Selbstverteidigung stehende Weltbild zu rekonstruieren und umfassend darzustellen. Das Ziel des Aufsatzes ist es, eine gegenwärtig äußerst einflussreiche, in der bisherigen akademischen Literatur allerdings selten tatsächlich ernst genommene und häufig rasch als unterkomplex abgehandelte Weltanschauung aufzuarbeiten. Dies geschieht nicht zuletzt in der Hoffnung, den Boden für eine fruchtbare, frei von Polemik geführte Auseinandersetzung zu bereiten.

Inhalt

Abstract	iii
Zusammenfassung	iii
1. Einleitung	1
1.1 Zum Begriff der präventiven Selbstverteidigung	3
2. Drei Legitimitätsquellen präventiver Selbstverteidigung	5
2.1 Zur sicherheitsstrategischen Notwendigkeit präventiver Selbstverteidigung	7
2.1.1 Schurken und Terroristen als neue sicherheitspolitische Herausforderungen	7
2.1.2 Genuine Friedensdysfunktionalität nicht-demokratischer Staaten	9
2.1.3 Intentionen und Rationalitätskalkül transnational operierender Terroristen	12
2.1.4 Verschmelzung der Feindbilder	14
2.2 Die moralische Rechtfertigung der Intentionen und der eingesetzten Mittel	15
2.2.1 Metaethische Dispositionen	16
2.2.2 Überlegenheit der eigenen Werte und des eigenen Systems	17
2.2.3 Schutzpflichten der amerikanischen Regierung	19
2.2.4 Intentionen und Wahl der Mittel der am Konflikt Beteiligten	20
2.3 Die Vereinigten Staaten als Garant und letzte Hoffnung internationaler Ordnung	23
2.3.1 Strukturmerkmale des internationalen Systems	24
2.3.2 Amerikanische Hegemonie als nationales <i>und</i> als internationales Interesse	27
2.3.3 Die strategische Bedeutung der unilateralen Handlungsfähigkeit der USA	29
3. Der Irakkrieg als empirisches Fallbeispiel	32
4. Konklusion	36
5. Literatur	39

1. Einleitung

Wenige Monate nach den verheerenden Terroranschlägen vom 11. September 2001 deklarierte die Regierung der Vereinigten Staaten ein Recht auf präventive Selbstverteidigung.¹ Der von Seiten der *Bush*-Administration unilateral verkündete Anspruch auf ein solches Recht ist sowohl inner- als auch außerhalb der USA heftig umstritten. Jenseits der Frage nach der völkerrechtlichen Legalität eines präventiven Einsatzes militärischer Gewaltmittel – die explizit kein Gegenstand der vorliegenden Analyse ist² – konzentriert sich die Kontroverse auf die Frage nach der möglichen *Legitimität* eines solchen Einsatzes.

Der Blick in die Literatur offenbart, dass sich in der Debatte zwei grundsätzlich von einander zu unterscheidende Legitimitätskonzepte relativ unvermittelbar gegenüber stehen. Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich in analytischer Hinsicht lediglich mit *einem* dieser beiden Konzepte, nämlich jenem, auf welches sich die Befürworter präventiver Selbstverteidigung berufen. Die Position und die Argumentationslogik der Befürworter präventiver Selbstverteidigung lassen sich – wie zu zeigen sein wird – weder einer der klassischen außenpolitischen Strömungen der amerikanischen Außenpolitik noch einem der bestehenden Theorieansätze der Internationalen Beziehungen zuordnen. Gleiches gilt für die vier Denkschulen³, die sich traditionellerweise mit der moralischen Beurteilung des Einsatzes militärischer Gewalt befassen. Darüber hinaus scheint der Anspruch auf präventive Selbstverteidigung in einem eklatanten Widerspruch zu den geltenden Normen und Prinzipien des Völkerrechts zu stehen.

Sofern auf Grund der geringen Anschlussfähigkeit an klassische Politikansätze, akademische Theorieschulen, tradierte Moralvorstellungen und existierende Normensysteme die Legitimität präventiver Selbstverteidigung nicht *per se* bestritten werden soll, bedarf

1 Siehe hierzu die folgenden aus dem Jahre 2002 stammenden Regierungsdokumente: Rede des Präsidenten der Vereinigten Staaten zur Lage der Nation am 29. Januar (Bush 2002a), Rede des Präsidenten vor dem Abschlussjahrgang der Militärakademie von *West Point* am 1. Juni (Bush 2002b) sowie die am 20. September veröffentlichte *Nationale Sicherheitsstrategie* der Vereinigten Staaten (Bush 2002c).

2 Siehe hierzu etwa Glennon (2002), Tomuschat (2003), Sofaer (2003), Wolfrum (2004).

3 Diese vier Ansätze lauten: 1. Der Pazifismus, der jegliche militärische Operation zum Zwecke der Gewaltausübung als moralisch verwerflich ablehnt. 2. Der Realismus, der für die Analyse und die Gestaltung nationaler wie internationaler Politik die Kategorien der Macht und der Selbsterhaltung in den Mittelpunkt stellt und im Gegensatz zu den drei anderen Schulen die Relevanz moralischer Erwägungen im Bereich des Politischen bestreitet. 3. Die Verfechter eines „heiligen Krieges“, die davon ausgehen, dass sich das Töten von „Ungläubigen“ als die Ausübung eines göttlichen Willens rechtfertigen lässt. Und schließlich 4. die Anhänger der Lehre des gerechten Krieges, die davon überzeugt sind, dass es möglich und notwendig sei, die Legitimität von Militäreinsätzen anhand moralischer Normen von universeller Gültigkeit zu überprüfen; vgl. Blankenhorn (2002).

es für eine konstruktive Auseinandersetzung mit dieser Position zunächst einer genuinen Betrachtung des Weltbildes, vor dessen Hintergrund die Befürworter präventiver Selbstverteidigung argumentieren. Es soll daher im Folgenden der Versuch unternommen werden, das hinter dem Anspruch auf präventive Selbstverteidigung stehende Weltbild zu rekonstruieren und umfassend darzustellen. Das Ziel des vorliegenden Aufsatzes ist es, eine gegenwärtig äußerst einflussreiche, in der bisherigen akademischen Literatur allerdings selten tatsächlich ernst genommene und häufig sehr schnell als unterkomplex abgehandelte Weltanschauung aufzuarbeiten. Dies geschieht nicht zuletzt in der Hoffnung, den Boden für eine fruchtbare, frei von Polemik geführte Auseinandersetzung zu bereiten. Die forschungsleitende Fragestellung lautet folglich: Mit welchen Argumenten und vor dem Hintergrund welcher Überzeugungen wird der unilaterale, präventive Einsatz militärischer Gewalt gegenüber nicht-demokratischen Staaten, die entweder nachweislich Terroristen beherbergen und/oder unterstützen bzw. an der Entwicklung von Massenvernichtungswaffen arbeiten und unter Verdacht stehen, diese möglicherweise an international operierende Terroristen weiterzugeben, gerechtfertigt?

Für die Erarbeitung dieser Theorieskizze erscheint es sinnvoll, nicht nur von der nationalen Herkunft der Autoren, sondern auch von deren Zugehörigkeit zu etwaigen religiösen, parteipolitischen oder akademischen Gruppierungen zu abstrahieren. Die Auswahl der Autoren, die für die Analyse der Position der Befürworter präventiver Selbstverteidigung herangezogen werden, richtet sich daher nicht nach einer spezifischen Gruppenzugehörigkeit, sondern gänzlich nach ihrem in der Debatte eingenommenen Standpunkt. Zur Gruppe dieser Autoren gehören hochrangige Regierungsmitglieder, namhafte Wissenschaftler sowie prominente Publizisten und Intellektuelle. Eingang in die vorliegende Untersuchung finden Reden, Texte und Debattenbeiträge folgender Personen: *William J. Bennett, Max Boot, George W. Bush, Richard Cheney, James Ceasar, Robert Cooper, Jean Bethke Elshtain, Douglas Feith, David Frum, Francis Fukuyama, John Lewis Gaddis, Donald Kagan, Robert Kagan, Lawrence Kaplan, William Kristol, Irving Kristol, Charles Krauthammer, Walter R. Mead, Richard Perle, Norman Podhoretz, Kenneth M. Pollack, Donald Rumsfeld, Condolezza Rice, Natan Sharansky, Paul Wolfowitz.*⁴

4 Auffallend bei dieser Gruppe ist zunächst ihre gemeinsame Herkunft aus dem angelsächsischen Raum. Dies ist nicht etwa einer unzureichenden Recherche geschuldet, sondern schlicht der Tatsache, dass sich jenseits der Vereinigten Staaten und Großbritanniens kein Verfechter eines Rechts auf präventive Selbstverteidigung finden lässt. Zumindest ist dem Verfasser kein solcher bekannt.

Die gemeinsamen Grundannahmen des von den Autoren dieser Gruppe verfochtenen außenpolitischen Weltbildes werden im Folgenden mit dem Begriff des *demokratischen Realismus*⁵ bezeichnet. Durch die Wahl dieses Begriffs sollen andere, politisch überfrachtete und analytisch immer schwieriger in den Griff zu bekommende Begriffe wie insbesondere der des *Neokonservatismus* vermieden werden. Der Leser sollte sich bei der folgenden Lektüre nicht davon abschrecken lassen, dass das Element der Kritik, gegenüber dem Versuch die Position der Befürworter präventiver Selbstverteidigung aufzuarbeiten, in den Hintergrund tritt. Denn nach Auffassung des Verfassers scheint es an Kritik gegenüber dieser Position bislang nicht zu mangeln. Fraglich erscheint hingegen vielerorts die tatsächliche Kenntnis des Gegenstands dieser Kritik, bzw. die Bereitschaft, sich mit diesem überhaupt konstruktiv auseinander zu setzen. Nach Ansicht des Verfassers sollten die offensichtlichen Schwächen und die inhaltlichen Provokationen, die die Position der Befürworter präemptiver Selbstverteidigung bereithält, allerdings gerade nicht dazu führen, deren Vertreter nicht ernst zu nehmen. Die Relevanz eines solchen Vorhabens wird auch mit Blick auf die zukünftige Gestaltung der transatlantischen Beziehungen deutlich, sofern davon ausgegangen werden muss, dass die sicherheitspolitischen Kontroversen der letzten Jahre das Ende der zweiten Amtsperiode *George W. Bushs* sicherlich überdauern werden. Dabei reicht die Bedeutung eines zukünftig herzustellenden Konsenses in diesen Fragen über den transatlantischen Raum weit hinaus, berühren doch die von einzelnen Staaten praktizierten Muster in der Anwendung militärischer Gewalt immer auch unmittelbar die Sicherheitsinteressen aller übrigen Nationen. Zugespitzt lässt sich sogar formulieren, dass in dem rechtsunsicheren Raum der internationalen Politik das Vertrauen in jedwede Form zwischenstaatlicher Kooperation letztlich von einem Übereinkommen hinsichtlich der gerechtfertigten Anwendung militärischer Gewalt abhängig ist.

1.1 Zum Begriff der präventiven Selbstverteidigung

In der gegenwärtigen Literatur kursieren nicht nur unterschiedliche Definitionen dessen, was unter präemptiver und präventiver Selbstverteidigung bzw. unter *preemptive* und *preventive self-defense* zu verstehen ist, sondern darüber hinaus wird auch ein und

5 Der Begriff des demokratischen Realismus geht auf *Charles Krauthammer* zurück (Krauthammer 2004a) und wird von zahlreichen Befürwortern präventiver Selbstverteidigung akzeptiert. Prominentestes Beispiel hierfür ist sicherlich der ehemalige stellvertretende Verteidigungsminister *Paul Wolfowitz*: „I think there are certain principles that I believe are American principles – both realism and idealism. I guess I’d like to call myself a democratic realist. I don’t know if that makes me a neo-conservative or not“ (Wolfowitz 2003). Es sei allerdings darauf hingewiesen, dass in der Literatur zahlreiche konkurrierende *Labels* zu finden sind. So etwa die folgenden: *neoconservatives*, *neo-reaganites*, *risk-taking Jacobins*, *revival Wilsonists*, *democratic imperialists*, *conservative internationalists* und *distinctly American internationalists*.

derselbe Sachverhalt nicht durchgängig auf die gleiche Art und Weise bezeichnet (Greenwood 2003: 9). So subsumiert beispielsweise *Rüdiger Wolfrum anticipatory* und *preemptive self-defense* als zwei unterschiedliche Ausprägungen unter den Begriff der *preventive self-defense*.⁶ Indessen findet sich eine ganz Reihe anderer Autoren, die analytisch zwar ähnlich vorgehen wie *Wolfrum*, allerdings mit einer gegenteiligen Verwendung der Begriffe arbeiten.⁷ Diese Begriffsfassung erfolgt häufig in vermeintlicher Anlehnung an die *National Security Strategy* (NSS) aus dem Jahre 2002, die in Arbeiten dieser Autoren oft auch als *preemptive action doctrine* bezeichnet wird. Gleichwohl wird hierbei übersehen, dass selbst der Wortlaut der NSS alles andere als eindeutig ist. Vielmehr werden die Begriffe *preemptive*, *preventive* und *anticipatory self-defense* mehr oder weniger undifferenziert und untereinander austauschbar gebraucht.⁸ Die Tatsache, dass sich die aus dem englischen Sprachraum stammende Differenzierung zwischen *preventive* und *preemptive* nicht ohne weiteres in andere Sprachen (insbesondere in die deutsche) übersetzen lässt, steigert vielerorts die begriffliche Verwirrung.

Im Rahmen der vorliegenden Arbeit sollen die Begriffe der Präemption und der Prävention wie folgt verwendet werden: Präemptive Selbstverteidigung bezeichnet das Ausüben militärischer Gewalt als letztes Mittel eines Staates, um eine unmittelbar bevorstehende, manifeste und objektiv feststellbare militärische Aggression abzuwehren. Präemptive Selbstverteidigung gilt als ein Grenzfall des Völkerrechts. Die Kriterien für die Identifizierung eines Falls präemptiver Selbstverteidigung – unmittelbare zeitliche Nähe und objektive Belegbarkeit der faktischen Unaufhaltsamkeit einer bevorstehenden Aggression – werden in der Praxis äußerst restriktiv gehandhabt, nicht nur um möglichen Missbräuchen vorzubeugen, sondern auch um eine möglichst klare Unterscheidung zwischen Aggression und Selbstverteidigung aufrechtzuerhalten. Präventive Selbstverteidigung impliziert demgegenüber einen umfassenderen Anspruch hinsichtlich des Gebrauchs militärischer Mittel. Präventive Selbstverteidigung löst sich von den einhegenden Kriterien der Präemption und bezeichnet den Einsatz militärischer Mittel zur vorsorglichen Ausschaltung einer möglicherweise im Entstehen begriffenen, nicht

6 „Two different forms of preventive self-defense are under discussion – anticipatory self-defense and pre-emptive self-defense. Anticipatory self-defense is understood, referring to the Caroline incident, as a military action against an imminent attack which leaves no choice of means and no moment of deliberation. Compared to that the notion of pre-emptive self-defense is broader and, what is more important, has a different objective. It is meant to be used to avert an incipient development that is not yet operational but which, in the assessment of the potential victim could, if permitted to mature, lead to an objective threat or attack that would justify measures of self-defense“ (Wolfrum 2005).

7 O’Connell (2002: 3), Schaller (2004: 18-19) und Soafer (2003: 10 f.).

8 Hierauf wurde in der Literatur bereits mehrfach hingewiesen; als ein Beispiel für viele siehe Martinez (2003: 126), ebenso Franck (2003: 619).

immer objektiv belegbaren, allerdings für hinlänglich plausibel erachteten Bedrohung. Viele Kritiker präventiver Militäreinsätze verorten diese nicht im Bereich staatlicher Selbstverteidigung, sondern in der Sphäre klassischer Machtpolitik. Demnach bedient sich ein Staat präventiver Mittel, um das Aufkommen eines Rivalen möglichst frühzeitig zu verhindern und somit einer Verschiebung im internationalen Machtgleichgewicht entgegenzuwirken.

2. Drei Legitimitätsquellen präventiver Selbstverteidigung

Die zentrale sicherheitsstrategische Reaktion der Vereinigten Staaten auf die terroristischen Anschläge vom 11. September 2001 markiert der in der *National Security Strategy* aus dem Jahr 2002 formulierte Anspruch, die bestehenden Handlungsoptionen zur Verteidigung der nationalen Sicherheit, um die Möglichkeiten präventiver Selbstverteidigung zu ergänzen. Ein neuer Feind, ein neuer Krieg, so die Argumentation, erfordert neue Mittel der Verteidigung (Bush 2002c).

Für viele der *Demokratischen Realisten* schien hiermit die US-Administration strategisch endlich den Weg einschlagen zu wollen, den diese bereits kurz nach dem Ende des Ost-West-Konflikts bzw. im Verlauf der 1990er Jahre immer wieder propagiert hatten. So skizziert etwa *Charles Krauthammer* mit Hilfe der analytischen Kategorie des *weapon state* in einem viel beachteten *Foreign-Affairs*-Artikel bereits im Jahre 1991 die neuen Gefahren in einer sich verändernden Welt wie folgt:

„The current Weapon States have deep grievances against the West and the world order that it has established and enforces. They are therefore subversive of the international status quo, which they see as a residue of colonialism. These resentments fuel an obsessive drive to *high-tech military development* as the only way to leapfrog history and to place themselves on a footing from which to challenge a Western-imposed order. (...) The post-Cold War era is thus perhaps better called the era of weapons of mass destruction. The proliferation of weapons and their means of delivery will constitute the greatest single threat to world security for the rest of our lives“ (Krauthammer 1991: 31 f.; m. H.).⁹

Und auch in *Krauthammers* sicherheitsstrategischen Empfehlungen für eine zukünftige Außenpolitik der Vereinigten Staaten, finden sich wesentliche Elemente, die exakt zehn Jahre später die *Bush*-Administration zu den Leitlinien ihrer Politik erhob. Hierzu gehört nicht nur der Erhalt und der Ausbau der amerikanischen Suprematie, der Versuch

9 Vgl. hiermit auch Kagan/Kristol (2000), Kristol/Kagan (1996) sowie diverse Veröffentlichungen des *Project for a New American Century* (PNAC: 1998, 2000) sowie die an die Öffentlichkeit geratenen *Defense Planning Guidelines* aus dem Jahre 1992.

den „unipolaren Moment“ in eine „unipolare Ära“, also dass 21. Jahrhundert in ein weiteres, „zweites amerikanisches Jahrhundert“ zu verwandeln, sondern auch die Betonung der Notwendigkeit einer Offensiv-Verteidigung. Noch einmal *Krauthammer*: „With the rise of the Weapon State, there is no alternative to confronting, deterring and, if necessary, *disarming states* that brandish and use weapons of mass destruction. And there is no one to do that but the United States, *backed by as many allies as will join the endeavour*“ (Krauthammer 1991: 32; m. H.). Auch hinsichtlich der Ursachenanalyse der neuen Sicherheitsbedrohungen sind die Ähnlichkeiten zwischen *Krauthammer* und der amerikanischen Regierung unverkennbar. So wird von beiden nicht das Ende der Bipolarität als eigentliche Ursache der neu entstandenen Bedrohungen gewertet, sondern der Fortschritt in der technologischen Entwicklung moderner Waffensysteme und deren Weiterverbreitung.

Für eine erfolgsversprechende Analyse der Position der Befürworter präventiver Selbstverteidigung ist es daher von entscheidender Bedeutung, die US-Außenpolitik der letzten Jahre *nicht* als alarmistisch oder gar panische Reaktion auf die Terrorattacken vom 11. September zu werten. Denn die Anschläge vom 11. September kamen für den Großteil der *demokratischen Realisten* keineswegs unerwartet, schienen sie doch gerade die von ihnen im Laufe der 1990er Jahre entworfenen sicherheitsstrategischen Bedrohungsszenarien zu bestätigen. Mit den Anschlägen vom 11. September 2001 manifestierte sich daher eine Bedrohung, deren Eintreten von einem Teil der politischen, administrativen, und akademischen Elite der USA mindestens zehn Jahre lang befürchtet, wenn nicht sogar antizipiert worden war. So mag es letztlich wenig verwundern, dass nach den Geschehnissen vom 11. September die Ideen und Leitbilder eben dieses relativ kleinen Teils der amerikanischen Elite sehr rasch einen bedeutenden Einfluss auf den politischen Prozess und die entscheidenden Handlungsträger der Vereinigten Staaten gewannen.¹⁰ Die Schöpfer dieser Ideen, deren Ursprünge sich zum Teil bis in die 1960er Jahre zurückverfolgen lassen,¹¹ waren im Gegensatz zu vielen anderen zumindest in theoretisch-konzeptioneller Hinsicht vorbereitet gewesen auf das, was kommen sollte. Hierbei spielt es eine untergeordnete Rolle, dass die *demokratischen Realisten* sich in ihren Bedrohungsanalysen vor dem 11. September auf die drohenden Gefahren

10 Vor den Anschlägen am 11. September galt Präsident *Bush* in außenpolitischer Hinsicht vielen als ein klassischer Realist, der mehr oder weniger im Stile seines Vaters die Außenpolitik der Vereinigten Staaten gestaltete. Für diese Haltung wurde *George W. Bush* in seinem ersten Amtsjahr wiederholt von Seiten der *demokratischen Realisten* kritisiert.

11 Ein besonders hohes Maß an Einfluss auf das Weltbild der *demokratischer Realisten* wird dem Wirken folgender Personen zugeschrieben: *Allan Bloom, Jean Kirkpatrick, Irving Kristoll, Ronald Reagan, Henry M. „Scoop“ Jackson, Carl Schmitt, Leo Strauss* und insbesondere auch *Albert Wohlstetter*.

in Form von so genannten *rogue states* konzentrierten und weniger auf transnational agierende, radikalislamische Fundamentalisten, denen die Verantwortung für die Attentate vom 11. September zugeschrieben wurde. Es sei daher noch einmal betont, dass die Ideen und Konzepte der *demokratischen Realisten* nicht als intuitive Ad-hoc-Geburten einer politisch verunsicherten oder gar völlig unfähigen Administration betrachtet werden können. Denn ganz unabhängig davon, wie man diese letztlich beurteilen mag, besitzen diese Konzepte einen ebenso hohen Grad an logischer Stringenz wie an inhaltlicher Kohärenz und basieren auf klaren, relativ leicht zu identifizierenden Wertüberzeugungen.

Die weitere Struktur dieses Kapitels folgt den drei zentralen Argumentationssträngen, mit Hilfe derer die *demokratischen Realisten* die Legitimität präventiver Selbstverteidigung begründen. Demnach ist der Einsatz militärischer Mittel seitens der Vereinigten Staaten zum Zwecke präventiver Selbstverteidigung als legitim zu beurteilen, da er aus sicherheitspolitischen Gründen *notwendig*, auf Grund der verfolgten Intentionen und der eingesetzten Mittel *moralisch gerechtfertigt* und – in Anbetracht der gegenwärtigen Struktur des internationalen Systems – *ohne Alternative* ist.

2.1 Zur sicherheitsstrategischen Notwendigkeit präventiver Selbstverteidigung

Während für viele Beobachter aus Politik und Wissenschaft das Ende des Kalten Krieges mit der Hoffnung auf den Beginn eines weit weniger bedrohlichen Zeitalters verbunden war, blieben die *demokratischen Realisten* gegenüber solchen Szenarien skeptisch. Sie hegten keinerlei Illusionen hinsichtlich der von vielen mit Spannung erwarteten neuen Ära in den internationalen Beziehungen. Sie gingen von Anfang an davon aus, dass das Ende des Kalten Krieges nicht etwa gleichzusetzen war mit dem Ende sämtlicher kriegerischer Auseinandersetzungen in den internationalen Beziehungen, sondern sie konstatierten, dass sich lediglich die Art und die Form der Konflikte wandeln würde. Aus diesem Grunde setzten sie sich frühzeitig für eine Modernisierung der amerikanischen Streitkräfte ein (*Revolution in Military Affairs*), forderten die Entwicklung eines Raketenabwehrsystems zum Schutz des amerikanischen Territoriums und wandten sich trotz des Untergangs der Sowjetunion mit Vehemenz gegen die Senkung des Verteidigungsbudgets.

2.1.1 Schurken und Terroristen als neue sicherheitspolitische Herausforderungen

In das Zentrum der Bedrohungsanalysen von *demokratischen Realisten* gerieten bereits unmittelbar nach dem Ende des Ost-West-Konflikts die Gefahren, die aus der unkon-

trollierten Verbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie deren Proliferation an private Akteure resultieren. Der Fokus in den Analysen ist hierbei stets ein zweifacher. Zum einen richtet er sich explizit auf staatliche Akteure, die durch den Besitz von Massenvernichtungswaffen zu einer Gefahr für die Vereinigten Staaten zu werden drohen, zum anderen richtet er sich auf private, d. h. nicht-staatliche Akteure, die auf Grund der hohen Zerstörungskapazität solcher Waffen, ebenfalls in die Lage versetzt werden, die USA in existentieller Weise zu gefährden. Auf der Liste der Schurkenstaaten, die keinesfalls in den Besitz von Massenvernichtungswaffen – insbesondere atomarer Waffen – gelangen dürfen, steht zumeist eine kleine Anzahl von Staaten aus dem Krisengebiet des Nahen und Mittleren Ostens sowie Nord-Korea. Zwischen den einzelnen Autoren gibt es hinsichtlich der Auffassung, welcher Staat (präziser: welches Regime) zu den Schurkenstaaten gezählt werden soll, nur wenig Differenz. Den kleinsten gemeinsamen Nenner und somit den „harten Kern“ dieser Gruppe bildeten sicherlich die drei Staaten, die Präsident *Bush* in seiner Rede zur Lage der Nation im Januar 2002 als „Achse des Bösen“ bezeichnete: Irak, Iran und Nord-Korea (Bush 2002a). Zu dieser Gruppe treten, je nach Autor, einige weitere Staaten hinzu. Häufig genannt werden Afghanistan (in der Zeit der Talibanherrschaft), Libyen (zumindest bis 2004) und Syrien, seltener hingegen der Jemen, Somalia, Saudi-Arabien, Pakistan, Serbien (unter Slobodan Milošević) und die Volksrepublik China. Als Kennzeichen dieser *rogue states* finden sich in der Literatur folgende Merkmale: autoritäres Regierungssystem, systematische Menschenrechtsverletzungen, aggressive Außenpolitik gegenüber Nachbarstaaten, Nichtbeachtung völkerrechtlicher Verträge, Streben nach dem Besitz von Massenvernichtungswaffen, Unterstützung terroristischer Aktivitäten, die gegen Israel oder die Vereinigten Staaten gerichtet sind, sowie offen vertretene Feindschaft gegenüber – wahlweise – den USA, Israel und/oder der westlichen Welt.¹²

Die zweite Gruppe von Gewaltakteuren, die nach Auffassung der *demokratischen Realisten* die amerikanische Sicherheit in der Ära nach dem Kalten Krieg bedrohen, besteht aus transnational agierenden islamischen Fundamentalisten. Aus der Vielzahl unterschiedlicher terroristischer Netzwerke und Gruppierungen ragt insbesondere seit den Anschlägen vom 11. September 2001 *Osama Bin Laden* und seine Gruppe *Al-Qaida* hervor.

Um verstehen zu können, warum *demokratische Realisten* in der Konfrontation mit diesen neuen Herausforderungen die Ausübung präventiver Gewalt als obligatorische

¹² Vgl. u. a. Krauthammer (1991: 30 f.), Frum/Perle (2004: 82 ff.), Kristol/Kagan (2000: 4 ff.), Rice (2000: 4 ff.), Bush (2002c).

Verhaltensoption erachten, bedarf es zunächst einer eingehenden Analyse ihrer Bedrohungsperzeption.

2.1.2 Genuine Friedensdysfunktionalität nicht-demokratischer Staaten

Im Rahmen ihres Weltverständnisses treffen *demokratische Realisten* eine grundsätzliche Unterscheidung zwischen demokratisch und nicht-demokratisch regierten Staaten bzw. zwischen freien und unfreien Gesellschaften. Erstere stehen als Wertegemeinschaft, als Garanten für Frieden und Freiheitsrechte singulären Herausforderern aus der Gruppe nicht-demokratischer Staaten gegenüber. Das Regierungssystem eines Staates, respektive der Stellenwert, den das Wohl der Angehörigen eines Staates bei den Entscheidungen der politischen Führung einnimmt, gilt als der entscheidende Indikator für die Evaluierung der Intentionen und der Absichten, die ein Staat mit der von ihm betriebenen Außenpolitik verfolgt. Im Gegensatz zu den Vertretern der liberalen Tradition in den Internationalen Beziehungen interessieren sich *demokratische Realisten* somit nicht so sehr für die Friedensfunktionalität demokratischer Regierungsformen¹³, sondern für die hiermit korrespondierende, theoretisch wie empirisch von der Forschung jedoch häufig vernachlässigte Frage nach der Friedensdysfunktionalität von *Nicht-Demokratien*. So konstatieren *demokratische Realisten* in Analogie zu dem Postulat des *demokratischen Friedens* einen Determinismus zwischen der Regierungsform nicht-demokratischer Staaten und deren grundsätzlich feindseligem Verhalten gegenüber anderen Staaten.

Unter den demokratischen Realisten am ausführlichsten hat sicherlich *Natan Sharansky* zu diesem Themenkomplex gearbeitet. In seinem zusammen mit *Ron Dermer* verfassten Buch *The Case for Democracy* analysiert *Sharansky* die Funktionsmechanismen tyrannischer Herrschaft (*Sharansky/Dermer 2004*). Demnach streben beide, sowohl die Mitglieder demokratischer als auch diejenigen nicht-demokratischer Regierungen danach, sich so lange wie möglich an der Macht zu halten. Allerdings bleiben in diesem Bestreben lediglich die Mitglieder demokratischer Regierungen abhängig von dem in Form von regelmäßig stattfindenden allgemeinen Wahlen artikulierten Willen ihrer Herrschaftsuntergebenen. Die Repräsentanten demokratischer Regierungen werden daher aus purem Eigeninteresse das Wohlergehen ihrer Bevölkerung in ihren Entscheidungen berücksichtigen. Dieser Logik zufolge, ist der politischen Praxis demokratischer Regierungssysteme eine Gemeinwohlorientierung immanent.

¹³ Die Literatur zum demokratischen Frieden ist nahezu uferlos; für einen gehaltvollen Überblick siehe *Nielebock (1993)* sowie *Müller (2002)*.

Im Gegensatz hierzu sind die politischen Eliten autoritärer Regime nicht von dem Willen ihrer Herrschaftsuntergebenen abhängig. Stattdessen steht und fällt ihre Macht mit dem Vermögen, eine umfassende Kontrolle über ihre Herrschaftsunterworfenen aufrechtzuerhalten: „To (...) dictators, what is important is not improving the lives of their subjects, but *controlling* them“ (Sharansky/Dermer 2004: 81). Die Etablierung und Aufrechterhaltung einer wirksamen Kontrolle verlangt nach einer gewaltsamen Unterdrückung der politischen und sozialen Freiheitsbestrebungen der eigenen Bevölkerung. Diese permanente Repression bedarf, sofern der innere Friede eines Landes nicht dauerhaft gefährdet sein soll, der Legitimation.

An dieser Stelle offenbart sich, so *Sharansky*, der Wirkungszusammenhang zwischen der Regierungsform eines autoritären Staates und dessen grundsätzlich feindseligem Verhalten gegenüber anderen Staaten. Denn die Legitimation der für die Aufrechterhaltung der Kontrolle über die eigene Bevölkerung notwendig werdenden Repressalien kann letztlich nur durch die Konstruktion und kontinuierliche Pflege eines „äußeren Feindes“ geleistet werden. Im Rahmen einer solchen Konstruktion bedroht dieser „äußere Feind“ nicht nur die territoriale Integrität des eigenen Gemeinwesens, sondern auch die von dessen Mitgliedern hervorgebrachte Lebensform. Da die Führungseliten autoritärer Staaten zum Erhalt ihrer Macht auf die Konstruktion solcher externen Feindbilder stets angewiesen sind, kann es nach *Sharansky* partout zu keinem genuinen Frieden zwischen Demokratien und Nicht-Demokratien kommen:

„That is not to say that nondemocratic regimes will never sign peace agreements. From time to time, if it suits their interests, they will. But we must remember that for these regimes, the decision to wage war or make peace is not based upon its impact on the public welfare but on whether it strengthens the regime’s control. (...) To nondemocratic regimes, peace and war are merely interchangeable methods of subjugation. One day staying in power will necessitate making peace. The next, it will necessitate waging war. That is why a genuine and lasting peace can only be made with democracies“ (Sharansky/Dermer 2004: 90).

Die Sicherheitsinteressen der Frieden suchenden, demokratischen Staatengemeinschaft sind daher mit denen der Führungsriegen autoritärer Staaten grundsätzlich unvereinbar und stehen zu diesen in einem fundamentalen, d. h. nicht zu überbrückenden Gegensatz.¹⁴ Die Annahme, dass die eigenen Sicherheitsinteressen durch die pure Existenz

14 „When it comes to dealing with such [tyrannical] regimes, then, the United States will not succeed in persuading them to play by the existing – which is to say American – rules of the game. We cannot expect to limit their acquisition or sale of dangerous weapons by relying on their voluntary adherence to international non-proliferation agreements. We cannot hope to stem their aggression by appealing to their consciences and asking them to accept the ‚norms‘ of the civilized world. For those ‚norms‘

nicht-demokratischer Staaten beeinträchtigt werden, ist ein konstitutiver Bestandteil des Weltbildes aller *demokratischer Realisten*. Aus diesem Grund lehnen sie beispielsweise auch das von *strukturellen Realisten* häufig kompromisslos verfochtene Primärziel amerikanischer Außenpolitik, die Bewahrung internationaler bzw. regionaler Stabilität, als unzureichend ab. Das Festhalten an den Prinzipien klassischer Realpolitik, die den Unterschieden hinsichtlich des Regierungssystems einzelner Staaten für die Bedrohungsanalyse der eigenen Sicherheit keine Bedeutung beimessen, hat sich ihrer Meinung nach längst überholt:

„Idealism is the new realism, mainly because realpolitik turns out to be totally unrealistic. (...) The problem of the SOB thesis of geopolitical management (...) is that the reverse is more to the point: He may be our son of a bitch but in the end he's a son of a bitch. That's proved to be the case with sources of many of our present woes, not least the House of Saud and the Egyptian regime“ (Steyn: 2005).

Die miteinander unvereinbaren Gegensätze zwischen Demokratien und Nicht-Demokratien werden zusätzlich durch die Tatsache verschärft, dass angesichts der vorherrschenden militärischen Überlegenheit der Vereinigten Staaten die einzige Möglichkeit, sich gegenüber diesen zu behaupten, in der Entwicklung von Massenvernichtungswaffen zu bestehen scheint.¹⁵ Hingegen steigert gerade die Möglichkeit eines solchen – durchaus als rational zu bezeichnenden – Verhaltens wiederum die Bedrohungsperzeption auf Seiten der *demokratischen Realisten*, die im Vertrauen auf die militärische Stärke der USA gemeinhin keinen Waffengang fürchten, solange dieser nur unterhalb der Schwelle eines Atomkrieges verbleibt.

Da im Rahmen dieser Logik die Führer von Schurkenstaaten letztlich sogar gezwungen sind, nach dem Erwerb von Massenvernichtungswaffen zu streben, und sich gleichzeitig die politischen und militärischen Handlungsoptionen der USA gegenüber diesen Staaten in dem Moment dramatisch verschlechtern, in dem diese ihr Ziel erreicht haben, bedürfen die Vereinigten Staaten im Umgang mit Schurkenstaaten einer offensiven, sprich, keiner am Status quo orientierten, Sicherheitsstrategie: „When it comes to dealing with

serve as obstacles to their ambitions and even threats to their existence. They have, and will continue to have, a clear and immutable interest in flouting them“ (Kristol/Kagan 2000: 18).

15 „Today we may attack Iraq with minimal risk because Saddam has yet to acquire a nuclear bomb. Once he does the equation changes. Then it is we who will be deterred. For evidence of this proposition, we need look no further than North Korea. In the aftermath of that country's announcement that it did indeed possess nuclear material, the Washington Post's Mary McGroy wondered ‚why is it necessary for us to bomb, invade and occupy Iraq while North Korea gets the striped pants treatment.‘ The answer is obvious: Iraq does not yet have the bomb. If and when it does, it will, like North Korea, acquire the ability to ‚blackmail‘ or deter the United States, and also will get ‚striped pants treatment‘. Thus, Iraq's drive to build a bomb is entirely logical“ (Kaplan/Kristol 2003: 83).

tyrannical regimes, especially those with the power to do us or allies harm, the United States should seek not coexistence but *transformation*“ (Kristol/Kagan 2000: 20; m. H.).

Das hinter diversen Sicherheitsstrategien des Kalten Krieges stehende Ziel der friedlichen Koexistenz grundsätzlich verfeindeter Staaten, wird im Hinblick auf Schurkenstaaten als vollkommen inakzeptabel abgelehnt. Der Versuch eine friedliche Koexistenz aufrechtzuerhalten, erhöhe nicht die Sicherheit der Vereinigten Staaten, sondern erweise sich stattdessen sehr zu deren Nachteil, da er der frühzeitigen Bekämpfung von im Entstehen begriffenen Gefahren entgegenwirke. Das Verfolgen einer solchen Strategie räume Tyrannen und Schurken daher letztlich nur zusätzliche Zeit ein, in den Besitz von Massenvernichtungswaffen zu gelangen.¹⁶ Im sicherheitsstrategischen Kalkül der *demokratischen Realisten* erhält folglich der Faktor Zeit einen immens hohen Stellenwert. Es gilt im Vorhinein zu handeln, bevor überhaupt erst andere in die Lage versetzt werden, die Vereinigten Staaten zu attackieren.¹⁷

2.1.3 Intentionen und Rationalitätskalkül transnational operierender Terroristen

Nach Ansicht der *demokratischen Realisten* potenzieren sich die von Schurkenstaaten ausgehenden Gefahren, durch eine zweite Gruppe von Gewaltakteuren im internationalen System, nämlich durch transnational agierende, islamische Fundamentalisten. Dank der modernen Infrastruktur der westlichen Welt, besitzen Terrornetzwerke mittlerweile die Möglichkeit, jedem beliebigen Staat – und damit auch der gegenwärtig mächtigsten Nation der Welt – Schäden katastrophalen Ausmaßes zuzufügen. Nicht-staatliche Gruppen wie *Al-Qaida* können auf Grund des technologischen Fortschritts Schäden in einer Höhe verursachen, wie dies ehemals nur von Krieg führenden Staaten denkbar war. Daher werden solche Gruppen für die Vereinigten Staaten, ungeachtet des enormen Ungleichgewichts hinsichtlich der militärischen, politischen und ökonomischen Ressourcen, zu einer unbedingt ernst zu nehmenden sicherheitspolitischen Herausforderung.¹⁸ Wegen der von Terroristen angewandten Strategien, ihrer Motivation und Inten-

16 Die Kritik an der Strategie des Containments ist nicht neu. Bereits in den 1970er und 1980er Jahren hatten prominente *demokratische Realisten* eine offensivere Strategie gegenüber der Sowjetunion gefordert. Aus eben diesem Grund gilt vielen von ihnen die Amtszeit *Ronald Reagans*, der die Sowjetunion öffentlich als „empire of evil“ bezeichnete und mit der Initiierung des SDI-Programms das prekäre, aber dennoch friedenserhaltende Gleichgewicht des Schreckens in Frage stellte, als „sakrosankte Referenzzeit“ (Greve 2004).

17 So heißt es denn auch in Präsident *Bushs* State of the Union Address vom Januar 2002: „We’ll be deliberate, yet time is not on our side. I will not wait on events, while dangers gather. I will not stand by, as peril draws closer and closer. The United States of America will not permit the world’s most dangerous regimes to threaten us with the world’s most destructive weapons“ (Bush 2002a).

18 Bin Laden selbst drückt diesen Sachverhalt folgendermaßen aus: „Al-Qaida hat für die Operation am 11. September 500 000 Dollar ausgegeben, während Amerika durch das Ereignis und seine Auswir-

tion werden sie sogar zu einer weitaus größeren Bedrohung für die Vereinigten Staaten als viele der in militärischer Hinsicht potentesten Staaten der Erde.

Für *demokratische Realisten* scheinen die Ambitionen der Terroristen in ihrem Kampf gegen die USA und die westliche Welt unzweifelhaft festzustehen. Demnach streben Terrornetzwerke wie *Al-Qaida* nach der Verwirklichung radikalislamischer Gottesstaaten sowie nach der Minimierung des militärischen, politischen und kulturellen Einflusses des Westens im Nahen und Mittleren Osten.¹⁹ Bei dem Versuch, dieses Vorhaben zu verwirklichen, stellen die Vereinigten Staaten für radikalislamische Terroristen das größte Hindernis überhaupt dar und werden deshalb zum primären Ziel ihrer gewalttätigen Aktionen. Mit verheerenden, die größte aller bisherigen Supermächte in Angst und Schrecken versetzenden Anschlägen sollen darüber hinaus die Allmacht Allahs sowie die Überlegenheit der eigenen Sache bewiesen werden.²⁰ Dem Vorhaben der Terroristen liegt hierbei eine fatale „Je-mehr-desto-besser“-Rationalität zu Grunde. Je verheerender und katastrophaler die verübten Anschläge gegen die USA, desto höher ist der eigene Vorteil und desto näher rückt die Realisierung der eigenen Ziele.²¹ Daher steht für *demokratische Realisten* fest, dass Terroristen nahezu bedingungslos nach dem Besitz der zerstörungskräftigsten Waffen der Welt streben und – gemäß ihren Verlautbarungen

kungen, vorsichtig geschätzt, 500 Milliarden Dollar verloren hat. Das heißt jeder Dollar von Al-Qaida hat eine Million Dollar vernichtet dank des allmächtigen Gottes“ (Bin Laden 2004: 134).

- 19 „The Taliban regime in Afghanistan is, so far, the world’s only example of what a government would look like under Bin Ladenite influence, and the example is a horrifying one. Domestically, the Taliban state was marked by economic stagnation, political oppression, and the hideous mistreatment of women. Internationally, Afghanistan became a menace to the peace and security of the rest of the world, with tens of thousands of terrorists being trained and equipped on a growing scale“ (Mead 2004: 28).
- 20 Die Vereinigten Staaten eignen sich in der Tat auf Grund ihrer militärischen Omnipräsenz sowie als Manifestation „westlicher Dekadenz“ und „Globalisierungswahns“– sieht man einmal von dem Spezialfall Israel ab – wie kaum eine zweite Nation als ideales Feindbild und Hassobjekt islamischer Fundamentalisten. *Walter Sharp* bringt die „Attraktivität“ der USA für solcherart motivierte Attentäter auf den Begriff: Er bezeichnet die Vereinigten Staaten als „the world’s sole super-target of terrorists“ (Sharp 2000: 37).
- 21 „Yet tomorrow could be the day that an explosive packed with radioactive material detonates in Los Angeles or that nerve gas is unleashed inside a tunnel under the Hudson River or that a terrible new disease breaks out in the United Kingdom. If the people responsible for the 9/11 attack could have killed thirty thousand Americans or three hundred thousands or three million, they would have done so. The terrorists are cruel, but they are not aimless. Their actions have a purpose. They are trying to rally the Muslim world to jihad against the planet’s only superpower and the principal and most visible obstacle to their ambitions. They commit terror to persuade their potential followers that their cause is not hopeless, that jihad can destroy American power. Random killings – shootings in shopping malls, bombs in trash cans – may be emotionally satisfying to the terrorists, but they are strategically useless: Two kids at Columbine did as much, and the Republic did not totter. Only truly spectacular acts of mass murder provide the propaganda the terrorists’ cause requires. They will try again – they have to“ (Frum/Perle 2003: 6; m. H.).

– nicht zögern werden, diese nach Erhalt gegen die Vereinigten Staaten und deren Verbündete einzusetzen.²²

Militärstrategisch genießen religiös motivierte Fanatiker in der Auseinandersetzung mit den USA drei zentrale Vorteile. Zum einen besitzen sie keine materiellen, territorial fixierten Werte, die den USA als Ziele für Vergeltungsmaßnahmen dienen könnten und deren Schutz die Terroristen in der von ihnen gewählten Strategie mit einplanen müssten. Terroristen lassen sich daher *eo ipso* weder „eindämmen“ noch „abschrecken“.²³ Hinzu kommt, dass nach jenseitigem Ruhm strebende Glaubenskrieger einem anderen Rationalitätskalkül unterliegen als an weltlichen Werten und Gütern orientierte Staatsoberhäupter. Und schließlich besitzen Terroristen – im Gegensatz zu „ganzen Staaten“ – stets die Möglichkeit, sich physisch zurückzuziehen, unterzutauchen und sich für den Gegner unsichtbar und damit unangreifbar zu machen.²⁴

2.1.4 Verschmelzung der Feindbilder

Lässt sich nach Ansicht der *demokratischen Realisten* der präventive Einsatz militärischer Gewalt bereits sowohl gegenüber Schurkenstaaten als auch gegenüber Terroristen rechtfertigen, so steigert sich der Druck für die Vereinigten Staaten, auf Schurkenstaaten und Terroristen mit offensiven Sicherheitsstrategien zu reagieren, noch zusätzlich durch die wechselseitige Bedingtheit dieser Gewaltakteure sowie deren mögliche Interaktion. So sehen *demokratische Realisten* nicht etwa in sozioökonomischen Faktoren wie Armut, Bildung oder mangelnder Chancengleichheit den primären Nährboden für Terrorismus, sondern in rein politischen Faktoren: *Tyranny breeds Terrorism* lautet ihr Slogan. Als Ursachen für Terrorismus gelten demnach in allererster Linie die politische Unterdrückung der Bevölkerung, die Verweigerung von sozialen Grundrechten sowie die nicht vorhandene Trennung von Staat und Religion.²⁵ Aus diesen Gründen fördert die pure Existenz von Schurkenstaaten ebenso wie die von so genannten „zerfallenden

22 „From the training manuals we found in the caves of Afghanistan to the interrogations of terrorists that we’ve captured, we have learned of their ambitions to develop or acquire chemical, biological, or nuclear weapons. And if terrorists ever do acquire that capability – on their own or with help from a terror regime – they will use it without the slightest constraint of reason or morality“ (Cheney 2003).

23 „Neither Bush nor his successors, whatever their party, can ignore what the events of September 11, 2001, made clear: that deterrence against states affords insufficient protection from attacks by gangs“ (Gaddis 2004: 2); vgl. auch Mead (2004: 172).

24 „Dangerous states, whatever the dangers they pose, can’t hide. Terrorists can do“ (Gaddis 2004: 85).

25 „Under this new understanding – confirmed over and over again by the fact that most of the terrorists about whom we were learning came from prosperous families – terrorism was no longer considered a product of economic factors. The ‚swamps‘ in which this murderous plague bred were swamps not of poverty and hunger but of political oppression“ (Podhoretz 2004:17 f.; m. H.); vgl. auch Frum/Perle (2003: 35), Sharansky/Dermer (2004: 21 f.).

Staaten“ (*failed states*) die Rekrutierungsarbeit islamischer Fundamentalisten. Darüber hinaus benötigen Terroristen stets einen geographischen Ort, an dem sie trainieren und die Durchführung ihrer Anschläge planen können bzw. an den sie sich gegebenenfalls zurückziehen können. Viele der *demokratischen Realisten* gehen daher davon aus, dass sich die Ziele der Terroristen ohne die Unterstützung und den Rückhalt durch einen oder mehrere Staaten gar nicht verwirklichen lassen. Schließlich werden besondere Gefahren in der direkten Zusammenarbeit zwischen Terroristen und Schurkenstaaten gesehen. Zum einen ist es denkbar, dass sich Diktatoren terroristischer Netzwerke bedienen, um westlichen Ländern Schaden zu zufügen, ohne selbst dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden. Zum anderen könnten Terroristen durch die Kooperation mit Schurkenstaaten Massenvernichtungswaffen erwerben, die sie selbst niemals in der Lage wären zu produzieren. Dieser letzte Punkt, Massenvernichtungswaffen in den Händen von mit Hass auf die USA erfüllten religiösen Fanatikern, ist der gemeinsame Alptraum aller *demokratischen Realisten*. Das Eintreten dieses Szenarios gilt als gegenwärtiges *summum malum* der internationalen Politik und muss daher unter allen Umständen – und das bedeutet auch unter dem Einsatz aller zur Verfügung stehenden Mittel – verhindert werden:

„We have seen what a mere 19 Islamists can do in the absence of WMD. We have seen what but two envelopes of mail-delivered anthrax can do to the world's most powerful capital. Imagine what a dozen innocuous vans in a dozen American cities dispersing aerosolized anthrax could do. Imagine what just a handful of the world's loose nukes, detonated simultaneously in New York, Washington, Chicago and just a few other cities, would do to the United States. America would still exist on the map. But what kind of country – and what kind of polity – would be left? If that is not an existential threat, nothing is“ (Krauthammer 2004b: 3).²⁶

2.2 Die moralische Rechtfertigung der Intentionen und der eingesetzten Mittel

Nach Ansicht der *demokratischen Realisten* ist der präventive Einsatz militärischer Gewalt allerdings nicht nur aus sicherheitsstrategischen Gründen notwendig, sondern lässt sich auch in moralischer Hinsicht rechtfertigen. Bisweilen scheint er sogar in

²⁶ Vgl. auch: „Henceforth, comparatively small groups will be able to do the sort of damage which before only state armies or major revolutionary movements could achieve. A few fanatics with a ‚dirty bomb‘ (...) or biological weapons will be able to cause death on a scale not previously envisaged. (...) A serious terrorist attack could be launched by perhaps sixty people, provided they were sufficiently committed, courageous and competent (or alternatively, fanatical, foolhardy and fortunate). 0.000001 per cent of the population is enough. Emancipation, diversity, global communication – all the things that promise an age of riches and creativity – could also bring a nightmare in which states lose control of the means of violence and people lose control of their futures. Civilization and order rests on the control of violence: if it becomes uncontrollable there will be no order and no civilization“ (Cooper 2003: viii f.); ebenso Cheney (2003).

moralischer Hinsicht geboten. Die Argumentation für eine moralische Begründung präventiver Selbstverteidigung ist äußerst facettenreich. Sie umfasst nicht nur den Glauben an die Überlegenheit des eigenen Wertesystems und – hieraus abgeleitet – den Glauben an die Superiorität von Demokratie und Marktwirtschaft, sondern auch die Schutzpflichten der Regierung der Vereinigten Staaten sowie deren Intentionen bei der Auswahl der von ihr eingesetzten Mittel.

2.2.1 Metaethische Dispositionen

Die moralische Dignität präventiver Selbstverteidigung basiert auf einer metaethischen Disposition, die Kontinentaleuropäer häufig befremdet. So sind *demokratische Realisten* entschiedene Gegner jeglicher Form eines von der Postmoderne inspirierten Wertelativismus.²⁷ Diese Ablehnung wird in theoretischer Hinsicht indes selten offensiv verteidigt oder expliziert, sondern in den allermeisten Beiträgen schlicht vorausgesetzt. Auffällig ist, dass selbst der in der Moralphilosophie seit mehreren Jahrzehnten hochprominente Diskurs zwischen *Kommunitaristen* und *Liberalen* von Seiten der *demokratischen Realisten* quasi nicht zur Kenntnis genommen wird. Das in der Debatte über präventive Selbstverteidigung noch am häufigsten anzutreffende Argument ist ein empirisches. Demzufolge lässt sich aus der empirisch nachweisbaren Tatsache, dass in der Vergangenheit von unterschiedlichen Kulturen stets unterschiedliche Lebensweisen und differierende Normensysteme hervorgebracht wurden, weder ableiten, dass es nicht prinzipiell möglich sein sollte, Werte universeller Geltung zu definieren, noch dass die Definition solcher Werte noch keiner der bereits existierenden Kulturen gelungen sei. Konkreter: Die Anerkennung der Tatsache, dass die durch die USA repräsentierten Werte nicht überall in der Welt auf Gegenliebe stoßen und sich in anderen Teilen der Welt differierende Wertesysteme etablierten, kann weder als ein Nachweis dafür angesehen werden, dass die amerikanischen Werte keine universelle Gültigkeit besitzen, noch dafür, dass es prinzipiell nicht möglich sein sollte, einen spezifischen Wertekanon zu definieren, der eine universelle Geltung beanspruchen könnte.²⁸ Der Glaube an die prinzipielle Möglichkeit, dass sich ein solcher Wertekanon definieren lässt, wurzelt hierbei in der Überzeugung, dass alle Menschen gleich geschaffen sind, und jeder Mensch in gleicher Weise einen Anspruch auf die Achtung seiner Würde und den Schutz seiner Persönlichkeit besitzt. Die von den *demokratischen Realisten* als universell gültig angenommenen und gleichzeitig als „amerikanisch“ apostrophierten Werte,

27 Siehe Bennett (2003: 16); vgl. hierzu auch Podhoretz (2004: 16).

28 Siehe Bennett (2003: 73); vgl. auch: IAV (2002) sowie Sharansky/Dermer (2004: 65).

lassen sich wie folgt zusammenfassen: Politische Gleichheit, Meinungsfreiheit, Redefreiheit, Religionsfreiheit sowie das Recht auf Privateigentum.²⁹

2.2.2 Überlegenheit der eigenen Werte und des eigenen Systems

Demokratische Realisten sind nicht allein von der universellen Gültigkeit dieser Werte überzeugt, sondern auch von deren Überlegenheit gegenüber allen anderen kollektiven Wertesystemen.³⁰ Mit dieser Überzeugung verbindet sich der Glaube an die Superiorität der beiden Ordnungsprinzipien Demokratie und Marktwirtschaft.³¹ Denn obwohl davon auszugehen ist, dass auch eine demokratische Staatsform die Verwirklichung der amerikanischen Werte nie völlig ohne Funktionsdefizite wird leisten können, gilt sie dennoch als die einzige Staatsform, die grundsätzlich auf die Verwirklichung dieser Werte ausgerichtet und damit systematisch an der Förderung des Wohls ihrer Mitglieder interessiert ist. In dieser Beziehung gilt die Demokratie als einzigartig. Darüber hinaus bilden demokratische Regierungssysteme institutionalisierte Kontrollmechanismen aus, die dazu dienen, die Verwirklichung der als universell gültig erachteten Werte vor einem eventuellen Versagen der politischen Institutionen und/oder der in ihnen handelnden Personen zu schützen. Die zu Grunde liegende Logik lautet also: Wenn zum einen gilt, dass es prinzipiell möglich ist, Werte universeller Geltung zu definieren, deren Durchsetzung für das Wohl sämtlicher Individuen eines Gemeinwesens förderlich ist, ganz gleich, wo diese sich befinden und in welchem kulturellen Kontext sie sich bewegen, und es sich zudem zeigen lässt, dass die einzige Möglichkeit, diesen Werten Geltung in der Praxis zu verschaffen, in der Implementierung einer demokratischen Regierungsform besteht, dann folgt hieraus, dass die einzig legitime Form der Herrschaftsorganisation eine demokratische ist. Nur eine demokratische Regierungsform eröffnet überhaupt die Möglichkeit, dass das individuelle Wohl der Mitglieder eines Gemeinwesens, welches sich – den Annahmen zufolge – unabhängig von Raum und Zeit bestimmen lässt, in der politischen Praxis Berücksichtigung findet. Dieser Gedankengang beinhaltet, dass das gut zwei Jahrhunderte alte Bestreben der Vereinigten Staaten, ihre Werte und politischen Institutionen in fremde Länder zu exportieren, keinen Tadel, sondern stets Lob verdient. Denn dieses Unterfangen ist – völlig unbesehen der hinter diesen Bemühungen stehen-

29 Im politischen Diskurs der letzten Jahren avancierte immer mehr der Begriff *freedom* zu der Kurzformel dieses Kanons: „People everywhere want to be able to speak freely; choose who will govern them; worship as they please; educate their children – male and female; own property; and enjoy the benefits of their labor. These values of freedom are right and true for every person, in every society – and the duty of protecting these values against their enemies is the common calling of freedom-loving people across the globe and across the ages“ (Bush 2002c).

30 Vgl. IAV (2002).

31 Vgl. Bennett (2003: 22); Sharansky/Dermer (2004: 248); Rice (2000: 3).

den Interessen der USA – bereits auf Grund der erwartbaren Folgen als *an sich* moralisch gut zu beurteilen. Hierbei wird die Frage, ob andere Völker auf Grund ihrer sozialen und kulturellen Traditionen überhaupt in der Lage sind, demokratische Strukturen zu etablieren, bzw., ob diese ein solches Regierungssystem überhaupt anstreben, kaum problematisiert.³²

Die globale Verbreitung des stets symbiotisch gedachten Zwillingspaars von Demokratie und Marktwirtschaft wird von Seiten der *demokratischen Realisten* stets als *win-win*-Strategie begriffen. Auf der einen Seite dient die Verbreitung dieser Institutionen der Verwirklichung von politischen Freiheitsrechten unterdrückter Völker sowie deren sozioökonomischer Entwicklung, auf der anderen Seite dient sie den sicherheitsstrategischen und ökonomischen Interessen der Vereinigten Staaten. *Demokratische Realisten* sehen daher im Gegensatz zu vielen ihrer Kritiker auch keinerlei Widerspruch zwischen einer expansiven Interpretation der nationalen Interessen der USA und dem Selbstbestimmungsrecht fremder Völker bzw. zwischen dem partikularen Streben nach nationaler Größe und dem Anspruch, durch das eigene Agieren, einer moralisch unbedingt als gut zu beurteilenden Sache zu dienen. *Krauthammer* bezeichnet diese eigenartige Symbiose zwischen imperialer Großmachtpolitik und dem hehren Sendungsbewusstsein eines *Woodrow Wilson*, bei der letzteres die Folgen des ersteren legitimiert und ersteres

32 Auffallend hingegen ist, dass die demokratischen Realisten hinsichtlich der von den USA nach dem Zweiten Weltkrieg initiierten Demokratisierungsprozesse eine äußerst positive Bilanz ziehen: „There is something perverse in declaring the impossibility of promoting democratic change abroad in light of the record of the past three decades. After we have already seen dictatorships toppled by democratic forces in such unlikely places as the Philippines, Indonesia, Chile, Nicaragua, Paraguay, Taiwan, South Korea, how utopian is it to imagine a change of regime in a place like Iraq? (...) With democratic change sweeping the world at an unprecedented rate over these past thirty years, is it ‚realistic‘ to insist that no further victories can be won?“ (Kristol/Kagan 2000: 20); vgl. hierzu auch die folgende Stellungnahme von *Paul Wolfowitz*: „When I hear people say the Arabs are incapable of democracy; Islam is incapable of democracy; I am reminded of hearing exactly the same things 20 years ago, that the South Koreans are incapable of democracy. They’ve never had it in their history. Confucian culture exalts authoritarianism. They can’t do it. There are so many countries that have overcome history in this respect and I think it’s because of the fundamental human desire for freedom, and the self-government that guarantees freedom. Does democracy mean that overnight countries are going to achieve what it took us two centuries and the British four centuries and we’re very far from perfect? Of course not. But the Rumanians are so much better off today with an imperfect democracy than they were under the totalitarianism of Ceausescu. And I feel absolutely certain the Iraqis will be better off, much better off five years from now than they were under that brutal, sadistic, abusive regime. To me it’s almost beyond argument“ (Wolfowitz 2003); siehe auch Rice (2000: 86); Podhoretz (2004: 42); Sharansky/Dermer 2004: 23 ff.).

Francis Fukuyama weist darauf hin, dass das auf Seiten der demokratischen Realisten vorhandene Vertrauen in die Möglichkeiten externer Demokratisierung neben der für kulturunabhängig gehaltenen Anziehungskraft demokratischer Werte und Institutionen zusätzlich durch deren konkrete historische Erfahrung mit dem Ende des Kalten Krieges gestützt wird. Laut Fukuyama führen die demokratischen Realisten den ökonomischen und den wenig später folgenden politischen Kollaps der Sowjetunion letztendlich auf die aggressive Sicherheitspolitik Ronald Reagans zurück (vgl. Fukuyama 2006: 47).

den prinzipiell universellen Anspruch des letzteren limitiert, gar als die Quintessenz der von den *demokratischen Realisten* geteilten Überzeugungen: “We will support democracy everywhere, but we will commit blood and treasure only in places where there is a strategic necessity – meaning, places central to the larger war against the existential enemy, the enemy that poses a global mortal threat to freedom” (Krauthammer 2004a: 5).³³

2.2.3 Schutzpflichten der amerikanischen Regierung

Verglichen mit den Denkern der liberalen Schule der Internationalen Beziehungen, die ebenfalls große Hoffnungen auf die Verbreitung von Demokratie und Marktwirtschaft in der Welt setzen, propagieren *demokratische Realisten* eine weitaus offensivere Haltung gegenüber nicht demokratischen Regimes. *Demokratische Realisten* adaptieren zwar die geschichtsphilosophischen Thesen *Francis Fukuyamas*, um ihren Glauben an die universelle Gültigkeit von demokratischen und marktwirtschaftlichen Prinzipien zu untermauern, vertreten allerdings eine äußerst skeptische Position hinsichtlich der Frage, ob sich diese Werte im Verlaufe der Geschichte ohne ein aktives – und das heißt bisweilen auch aggressives – Zutun der amerikanischen Nation *rechtzeitig* durchsetzen können. Rechtzeitig bedeutet in diesem Zusammenhang *vor* dem Eintreten ständig beschworener Horrorszenarien wie etwa der Detonation schmutziger Bomben in amerikanischen Metropolen. In ihren Augen erhöhen die technologischen Fortschritte der letzten sechs Jahrzehnte und die Verbreitung dieser Kenntnisse gleichermaßen die Risiken und die Kosten eines allzu naiven Fortschrittsoptimismus:

„[T]he formula is to be *Fukuyama plus force*: the United States must now finish the job that Woodrow Wilson started. The world, quite literally, is to be made safe for democracy, even those parts of it, like the Muslim Middle East, that have so far resisted that tendency. (...) Otherwise democracy, in this new age of vulnerability, will never be safe in the world“ (Gaddis 2004: 90; m. H.).

Demokratische Realisten verweisen in der Debatte über präventive Selbstverteidigung daher immer wieder auf die Schutzpflichten des Staates gegenüber seiner eigenen Bevölkerung. Demnach ist für eine moralische Beurteilung eines spezifischen Regierungsverhaltens nicht nur von Bedeutung, was unternommen, was tatsächlich getan wurde,

33 Vgl. auch: „A Robert Mugabe, a Fidel Castro, and, yes, an Ayatollah Ali Khamenei have no more right to control Zimbabwe, Cuba, or Iran than any other criminal has to seize control of the persons and property of others. It’s not always in our power to do anything about such criminals, nor is it always in our interest, but when it is in our power and our interest, we should toss dictators aside with no more compunction than a police sharpshooter feels when he downs a hostage-taker. We cannot create democracy at will. But we are not obliged to honor the pretensions of nondemocratic governments, either“ (Frum/Perle 2003: 97; m. H.); ebenso Rice (2000: 2).

sondern auch, was in Anbetracht der Umstände und der verfügbaren Mittel nicht getan, also unterlassen wurde (vgl. Mead 2004: 168). Die Regierung der Vereinigten Staaten hat daher im Angesicht des spezifischen Charakters der gegenwärtig drohenden Gefahren, nicht nur das Recht im Vorhinein zu handeln, sondern sie steht sogar in der *Pflicht*, alle verfügbaren Mittel einzusetzen, bei denen man vernünftigerweise davon ausgehen kann, dass sich mit deren Einsatz das Risiko für die Vereinigten Staaten reduzieren lässt, ein weiteres Mal zu einem wehrlosen Opfer eines in seiner konkreten Ausgestaltung, quasi nicht vorhersehbaren Angriffes zu werden.

Interessanterweise taucht das Argument *wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun*, nicht nur im Zusammenhang mit der Schutzfunktion der amerikanischen Regierung gegenüber ihrer eigenen Bevölkerung auf, sondern auch in Hinblick auf die moralische Verantwortung der Vereinigten Staaten gegenüber fremden Völkern, die unter einem verbrecherischen Regime leiden. Allerdings sei an dieser Stelle daran erinnert, dass *demokratische Realisten* im Gegensatz zu Vertretern der *liberalen* Tradition der Internationalen Beziehungen, das rein humanitäre Argument – Nothilfe zu Gunsten Dritter – für die Begründung eines Präventivschlages bzw. für die Begründung einer militärischen Intervention, in keinem Fall für ausreichend erachten. In dieser Hinsicht unterscheiden sich *demokratische Realisten* von so genannten „linken Falken“, die ausschließlich im Namen der Menschenrechte, für einen offensiven Gebrauch militärischer Mittel gegen Tyrannen und Menschenrechtsverbrecher eintreten.³⁴

2.2.4 Intentionen und Wahl der Mittel der am Konflikt Beteiligten

Demokratische Realisten interpretieren die Auseinandersetzung der Vereinigten Staaten mit Schurkenstaaten und Terroristen als eine *existentielle* Herausforderung und dies nicht etwa nur in einem machtpolitischen, sondern auch in einem ideologischen Sinne.³⁵

Demokratische Realisten sehen den *war on terrorism*, der von einigen Autoren sogar explizit als 4. Weltkrieg³⁶ bezeichnet wird, als einen Konflikt zweier sich einander

34 Siehe hierzu Cushman (2005).

35 „The burden of the argument in the pages to follow is that we must and will fight – not in order to conquer any countries or to destroy peoples or religions, but to defend who we are and what we, at our best, represent“ (Elshtain 2003: 6); siehe auch Mead (2004: 167); Fukuyama (2001) sowie IAV (2002).

36 Der 3. Weltkrieg ist in dieser Zählung der Kalte Krieg (vgl. Podhoretz 2004:12 f.). Präsident *Bush* und die gegenwärtige US-amerikanische Administration sprechen zwar hinsichtlich des *war on terrorism* nicht von einem 4. Weltkrieg, interpretieren aber islamische Fundamentalisten als die Erben früherer ideologischer „Todfeinde“ der Vereinigten Staaten. Terroristen treten daher in eine Reihe mit Faschisten, Nationalsozialisten und Kommunisten: „We have seen their kind before. They are heirs of all the murderous ideologies of the 20th century. By sacrificing human life to serve their radical

ausschließender Weltanschauungen, in dem sich – nicht nur in der Sprache des amerikanischen Präsidenten – die Mächte des „Guten“ und des „Bösen“ unversöhnlich gegenüber treten (siehe Bennett 2003: 54). Für *demokratische Realisten* steht unbezweifelbar fest, dass die neuen Feinde Amerikas, die USA nicht etwa für das hassen, was sie tatsächlich *tun* oder getan haben, sondern für das, was sie *sind*.³⁷ Da sich der Hass der Feinde Amerikas gegen all das richtet, was die Vereinigten Staaten und die amerikanische Lebensform als solche ausmachen, ist es nach Auffassung der *demokratischen Realisten* sinnlos, nach einer Verantwortung der Regierung oder der Bevölkerung der Vereinigten Staaten, für die Entstehung dieses Hasses zu fragen. *Demokratische Realisten* lehnen daher jegliche intellektuelle Auseinandersetzung darüber ab, welches Verhalten der Vereinigten Staaten die Terroristen möglicherweise zu ihren Taten veranlasst hat bzw. wie diese Taten vor dem Hintergrund des außenpolitischen Agierens der USA zu bewerten sind. Sie fordern stattdessen für die Auseinandersetzung mit einem Gegner, der erklärtermaßen seine Angriffe gegen die Existenz der eigenen Lebensweise richtet, eine eindeutige und bedingungslose moralische Positionierung:

„This is no time for obfuscation. Or for agonized relativism. Or, obscenely, for blaming America first. (The habit dies hard.) This is a time for clarity. At a time like this, those who search for shades of evil, for root causes, for extenuations are, to borrow from Lance Morrow, ‘too philosophical for decent company’“ (Krauthammer 2001: 217).³⁸

Die moralische Verantwortung für gegen die USA gerichtete Terrorattacken ist einzig und allein bei den Attentätern bzw. deren Auftraggebern und Unterstützern zu suchen. Entgegen der Aussage eines mittlerweile geflügelten Wortes haben *demokratische Realisten* daher beispielsweise auch keinerlei Schwierigkeiten, zwischen einem „Terroristen“ und einem „Freiheitskämpfer“ zu unterscheiden. Eine solche Unterscheidung lässt sich stets eindeutig anhand der von den Aktivisten eingesetzten Mittel und der von ihnen ausgewählten Ziele treffen:

„The last time I looked, there was a crystal-clear distinction between a terrorist and a freedom fighter, and it had to do with the morality of means: A freedom fighter does not massacre innocent civilians in pursuit of his ends. As for the grotesque idea that Bin

versions – by abandoning every value except the will to power – they follow in the path of fascism, and Nazism, and totalitarianism. And they will follow that path all the way, to where it ends: in history’s unmarked grave of discarded lies“ (Bush 2001).

37 „It is naïve folly to assume that rational grievances in reaction to American policy or even American perfidy lie at the root of the terrorist threat. Whatever America’s sins and shortcomings, Islamist fundamentalists requires non of these to turn people into ideological fundamentalists with whom dialogue is impossible – as a matter of principle, not merely prudence – and who are not content to ‚live and let live‘“ (Elshtain 2003: 45).

38 Vgl. Bennett (2003: 182); Kagan (2004: 66).

Laden was fighting for ‚freedom‘, try telling that to the people of Afghanistan, then groaning under the heel of his friends the Taliban“ (Bennett 2003: 55).

Demokratische Realisten verwahren sich in diesem Zusammenhang auch gegen eine Gleichsetzung der Mittel, die von den Vereinigten Staaten gegen Schurkenstaaten und Terroristen eingesetzt werden, mit den Gewalttaten der Terroristen. Im Gegensatz zu *Osama Bin Laden*, der in seiner *Fatwa* sämtliche amerikanischen Staatsbürger völlig unterschiedslos zu legitimen Kriegszielen erklärte und bei den Anschlägen im September 2001 den Tod tausender Zivilisten nicht nur billigend in Kauf nahm, sondern vollauf intendierte³⁹, unterscheiden die Vereinigten Staaten in der Wahl ihrer Angriffsziele grundsätzlich zwischen Terroristen und Zivilisten, bzw. zwischen Kombattanten und Nicht-Kombattanten. Das Töten von Zivilisten muslimischen Glaubens bei der Durchführung präventiver Militärschläge ist daher explizit kein Kriegsziel der Vereinigten Staaten. Im Gegenteil: Das Töten Unschuldiger im Kampf gegen den Terrorismus wird als außerordentlich bedauerliche, wenn auch nicht gänzlich zu vermeidende Nebenfolge im unbedingt notwendigen Kampf gegen „das Böse“ gewertet. Zwischen den unschuldigen Opfern der Terroranschläge *Bin Ladens* und denjenigen der amerikanischen Militärschläge müsse daher grundsätzlich unterschieden werden:

„Every civilian death is a tragedy, but not every civilian death is a crime. The deaths on September 11 in New York City, Washington, D.C., and Pennsylvania were both tragic and criminal. Contrast the gleeful reaction of Bin Laden and his cohorts to the collapse of the twin towers with the widely broadcast apologies of America’s top military leaders, including, on occasion, the chairman of the Joint Chiefs of Staff, for errant American bombs, whether in Afghanistan or elsewhere, and for any and all unintended civilian deaths. These military men understand that civilian deaths are to be avoided if at all possible and that each and every civilian death is an occasion for moral regret and a re-examination of strategy and tactics“ (Elshtain 2003:4 f.).⁴⁰

Demokratische Realisten bedienen sich für die moralische Rechtfertigung ziviler Opfer, wie sie etwa auch der Irakkrieg forderte, einer ähnlichen Argumentationskette, wie sie die Anhänger der Lehre vom gerechten Krieg den Vertretern radikal pazifistischer Positionen seit jeher entgegenhalten. Demnach lässt sich der Einsatz militärischer Mittel

39 Bin Laden erklärt in seiner Kriegserklärung der internationalen islamischen Front gegen Juden und Kreuzfahrer sämtliche Staatsbürger der Vereinigten Staaten zu legitimen Zielen terroristischer Anschläge: „Folglich und entsprechend dem Befehl Gottes teilen wir allen Muslimen das folgende Urteil mit: Die Amerikaner und ihre Verbündeten zu töten, ob Zivilisten oder Soldaten, ist eine Pflicht für jeden Muslim, der es tun kann, in jedem Land, wo er sich befindet, bis die al-Aqsa-Moschee und die große Moschee in Mekka von ihnen befreit sind, bis ihre Armeen alle muslimischen Gebiete verlassen, mit gelähmten Händen, gebrochenen Flügeln, unfähig, einen einzigen Muslim zu bedrohen, entsprechend Seinem Befehl, gelobt sei Er!“ (Bin Laden 1998: 87 f.).

40 Vgl. auch Bennett (2003: 44 f.).

nicht mit dem Einwand zurückweisen, dass hierbei potentiell auch immer Unschuldige zu Schaden kommen, da die Abwendung noch größerer Übel zum Teil nur unter Inkaufnahme solcher Schäden zu bewerkstelligen ist. Daher ist es nicht möglich, den Einsatz militärischer Mittel zur Abwehr einer existentiellen Bedrohung an die Bedingung zu knüpfen, dass bei einem solchen Einsatz tatsächlich keine an dem Konflikt gänzlich Unbeteiligten zu Schaden kommen. Für die moralische Beurteilung solcher im Zweifelsfall unvermeidlichen Opfer kommt es hingegen auf die Intention des Täters und der von ihm getroffenen Vorkehrungen an, die Anzahl an unschuldigen Opfern so gering wie möglich zu halten. Siehe hierzu auch die folgenden Ausführungen von *Michael Walzer*:

„[T]he absolute rule against attacking civilians does not apply. War necessarily places civilians in danger; that is another aspect of its hellishness. We can only ask soldiers to minimize the dangers they impose. Exactly how far they must go in doing that is hard to say, and for that reason it may seem odd to claim that civilians have rights in such matters. What can this mean? Do civilians have a right not only not to be attacked but also not to be put at risk to such and such a degree, so that imposing a one-in-ten chance of death on them is justified, while imposing a three-in-ten chance is unjustified? In fact, the degree of risk that is permissible is going to vary with the nature of the target, the urgency of the moment, the available technology, and so on. It is the best, I think, to say simply that civilians have a right that ‚due care‘ be taken“ (Walzer 2000: 156).⁴¹

Hinter der von *demokratischen Realisten* seit Beginn der 1990er Jahre beständig geforderten und von *Donald Rumsfeld* während seiner Amtszeit als Verteidigungsminister mächtig beschleunigten Reform der amerikanischen Streitkräfte (*revolution in military affairs*) scheint daher auch die Überlegung zu stehen, dass der Einsatz militärischer Mittel zur Durchsetzung amerikanischer Interessen umso eher zu einer Option der amerikanischen Außenpolitik wird, desto weiter sich die moralischen Kosten für einen solchen Einsatz senken lassen. Stehen doch die Verluste auf der eigenen Seite und diejenigen unter der ausländischen Zivilbevölkerung in direkter Abhängigkeit zu den Möglichkeiten, militärische Gewalt ebenso effektiv wie zielgerichtet einzusetzen (vgl. Fukuyama 2006: 45).

2.3 Die Vereinigten Staaten als Garant und letzte Hoffnung internationaler Ordnung

Die dritte Argumentationslinie, auf die sich die Verteidiger präventiver Selbstverteidigung stützen, basiert auf deren Interpretation der gegenwärtigen Struktur des internationalen Systems und den sich daraus ergebenden sicherheitsstrategischen Imperativen.

41 Vgl. Ignatieff (2004: 3 ff.) oder auch Bennett (2003: 37).

2.3.1 Strukturmerkmale des internationalen Systems

Demokratische Realisten sehen das internationale System seit dem Ende des Ost-West-Konflikts durch vier zentrale Strukturmerkmale gekennzeichnet:

1. Die gegenwärtige Ordnungsstruktur des internationalen Systems ist unipolar. Die Vereinigten Staaten genießen seit dem Untergang der Sowjetunion einen bislang einzigartigen hegemonialen Status. Dieser manifestiert sich in ihren außergewöhnlichen militärischen Fähigkeiten, die sie als einzige Nation in die Lage versetzen, in tatsächlich jeden mit militärischen Mitteln ausgetragenen Konflikt Erfolg versprechend einzugreifen. Darüber hinaus genießen die USA gegenüber ihren nächst größeren geostrategischen Rivalen (China, Russland, Frankreich) eine haushohe und aller Voraussicht nach auch in Jahrzehnten nicht einzuholende militär- und waffentechnologische Überlegenheit.⁴² Kurz: Die Vereinigten Staaten brauchen weder zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch in absehbarer Zukunft irgendeinen Angriff eines x-beliebigen Staates oder gar einer Allianz von Staaten zu fürchten, solange dieser auf den Einsatz konventioneller Streitkräfte beschränkt bleibt.
2. Trotz der machtpolitischen Unipolarität des internationalen Systems bleiben die USA in existentieller Weise gefährdet. Schlimmer noch: Vieles spricht dafür, dass die Vereinigten Staaten in der gesamten Zeitspanne nach dem Rückzug der europäischen Mächte vom nordamerikanischen Kontinent nie so verwundbar waren wie heute (vgl. Gaddis 2004: 7 ff.). Die trotz Unipolarität verbleibenden Gefahren – Massenvernichtungswaffen in den Händen von Terroristen und Schurkenstaaten – liegen indes jenseits, d. h. ober- und unterhalb der Grenzen klassischer nationalstaatlicher Konflikte. *Demokratische Realisten* schätzen das Risiko, dass es in der Auseinandersetzung mit den neuen Sicherheitsbedrohungen früher oder später zu einem gegen die USA gerichteten Einsatz von Massenvernichtungswaffen kommen wird, als erheblich höher ein als das einstige Risiko einer atomaren Eskalation zwischen den USA und der Sowjetunion während der Zeit des Kalten Krieges. Dies hängt vor allem damit zusammen, dass die geballte militärische Potenz der amerikanischen Streitkräfte für die Risikokalkulation der neuen Feinde Amerikas nicht notwendigerweise eine signifikante Rolle zu spielen braucht.
3. Für eine Identifizierung der Herkunft von Sicherheitsbedrohungen ist es notwendig, zwischen Staaten unterschiedlicher zivilisatorischer Entwicklungsstufen zu

42 Vgl. etwa: Kagan (2003: 33); Krauthammer (1991: 24).

differenzieren. *Demokratische Realisten* unterscheiden in dieser Hinsicht häufig zwischen demokratischen, nicht-demokratischen und zerfallenden Staaten oder auch in Anlehnung an den Briten *Robert Cooper* zwischen *prämodernen*, *modernen* und *postmodernen* Staaten. Als *prämoderne* Staaten bezeichnet *Cooper* zerfallende Staaten, häufig einstige Kolonien, in denen es nicht länger möglich ist, ein staatliches Gewaltmonopol zu identifizieren bzw. in denen keine Partei mehr in der Lage ist, eine politische Ordnung landesweit durchzusetzen und aufrechtzuerhalten. *Cooper* nennt als Beispiele für solche *failed states* Somalia, Afghanistan und Liberia. In die Kategorie der *modernen* Staaten gruppiert *Cooper* hingegen Staaten wie die Volksrepublik China, Pakistan und Indien. Während *innerhalb* der Räume zerfallender Staatlichkeit Chaos und Gewalt herrschen und eine Politik nach *außen* – wenn überhaupt – nur in rudimentärer Form aufrechterhalten werden kann, ist die Durchsetzung einer politischen Ordnung und die Errichtung eines staatlichen Gewaltmonopols in der Gruppe der modernen Staaten gewährleistet. In der strategischen Ausrichtung ihrer Außenpolitik orientieren sich moderne Staaten an dem Vorbild europäischer Nationalstaaten des 18. und 19. Jahrhunderts. Mit anderen Worten: Moderne Staaten betreiben klassische Machtpolitik und schrecken für die Verfolgung ihrer Interessen auch nicht vor dem Gebrauch militärischer Gewaltmittel zurück. Als oberste Maxime ihres Handelns dient ihnen die Doktrin der Staatsräson: “In international relations, this is the world of interests and forces described by Machiavelli and Clausewitz“ (*Cooper* 2003: 22). Eine friedensfunktionale Ordnung zwischen diesen Staaten und in ihrem Verkehr mit Dritten lässt sich laut *Cooper* nur auf zwei Weisen erreichen: entweder durch die Etablierung einer *balance of power* oder aber durch eine hegemoniale Überlegenheit eines Staates gegenüber allen anderen. Als dieser Welt moderner Staatlichkeit bereits entrückt bezeichnet *Cooper* eine dritte Gruppe von Staaten als *postmodern*. Zu diesen zählt er die Mitgliederstaaten der Europäischen Union. Innerhalb der Gruppe der postmodernen Staaten existiert eine politische Ordnung, die weder auf einer *balance of power* noch auf der Hegemonie einer einzelnen Macht basiert, sondern auf der freiwilligen Abgabe von Souveränitätsrechten an supranationale Institutionen. Die Mitglieder dieser Gruppe haben in ihrem Verhältnis untereinander dem Gebrauch militärischer Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen gänzlich abgeschworen. In dem Prozess der *Integration* verschwimmen nicht nur die Grenzen der nationalstaatlichen Souveränität, sondern auch die eines klassischen „Innens“ und „Außens“.

Allerdings gilt, dass obwohl die postmodernen Staaten aufgehört haben, für einander eine Sicherheitsbedrohung darzustellen, diese dennoch Gefahren fürchten

müssen, die aus anderen, weiter entfernt liegenden Teilen der Welt stammen. Während aus den Räumen zerfallender Staatlichkeit insbesondere private Akteure den Frieden und den Wohlstand der „freien“ Welt gefährden, basieren die aus der Welt der modernen Staaten herrührenden Gefahren vor allem auf den Expansionsgelüsten besonders aggressiver – in jedem Fall aber nicht demokratischer – Staaten (Cooper 2003: 61 f.).

4. Die USA fungieren als omnipräsente und nahezu omnipotente Schutzmacht des internationalen Systems. Insbesondere auf der krisengeschüttelten „eurasischen Landplatte“ sorgen die USA dafür, dass zahlreiche Konflikte zwischen dauerhaft rivalisierenden Staaten nicht eskalieren.⁴³ Diese unter den Staaten der Erde einzigartige Sonderstellung der Vereinigten Staaten entpuppt sich als hochgradig ambivalent. Auf der einen Seite repräsentieren die USA auf Grund ihrer demokratischen Institutionen und ihres moralischen Anspruchs einen zentralen Bestandteil der freien Welt, auf der anderen Seite sind sie es, die im Verteidigungsfall nahezu allein für den Fortbestand dieser Welt die militärische Verantwortung tragen. Dies bedeutet auch, dass die ordnungspolitische Lücke im internationalen System, die die USA bei einer Rückkehr zu einer isolationistischeren Außenpolitik hinterlassen würden, weder von einem anderen Staat noch von einem gegenwärtig existierenden Staatenbündnis zu schließen wäre. Die Vereinigten Staaten sind daher nicht nur eine, sondern tatsächlich auch die einzige, „unverzichtbare Nation“.⁴⁴

Nach Auffassung der *demokratischen Realisten* besteht die Ambivalenz der amerikanischen Sonderstellung nun darin, dass die Gewährleistung der Sicherheit der freien Welt mitunter den Einsatz von Mitteln erforderlich werden lässt, die in einem fundamentalen Gegensatz zu den Prinzipien stehen, denen sich die Staaten dieser Welt verpflichtet fühlen. Mit anderen Worten: *demokratische Realisten* sind davon überzeugt, dass sich der Aufbau kantischer Rechtsverhältnisse zwischen Staaten nicht ohne die Aufrechterhaltung hobbesscher Verhaltensoptionen gegenüber Dritten, verwirklichen lässt:

„[D]ie USA stehen vor der schwierigen Aufgabe, zwischen diesen beiden Welten zu navigieren und dabei zu versuchen, die Gesetze der fortgeschrittenen zivilisierten Gesellschaft zu befolgen, zu verteidigen und zu fördern, gleichzeitig aber militärische Gewalt gegen jene anzuwenden, die sich weigern, diesen Regeln zu folgen. (...) Dies

43 Von demokratischen Realisten werden in diesem Zusammenhang häufig die Auseinandersetzungen zwischen Indien und Pakistan, Nord- und Südkorea, China und Taiwan sowie China und Japan genannt.

44 *Bill Clintons* Verteidigungsministerin *Madeleine Albright* hatte bereits 1998 die Vereinigten Staaten im Zusammenhang mit der Frage nach einer möglichen Intervention im Irak als „indispensable nation“ bezeichnet.

bedeutet, dass die Vereinigten Staaten, obschon sie entscheidend dazu beitragen, Europa in dieses kantische Paradies zu befördern, und noch immer eine Schlüsselrolle bei seiner Erhaltung spielen, selbst nicht in dieses Paradies eintreten können. Sie besetzen die Schutzmauern, können das Tor jedoch nicht selbst durchschreiten (...) Sie müssen mit einer Doppelmoral leben“ (Kagan 2003: 88, 117).⁴⁵

2.3.2 Amerikanische Hegemonie als nationales *und* als internationales Interesse

Hinsichtlich der strategischen Zielsetzungen, die aus den genannten Strukturannahmen des internationalen Systems folgen, sind sich die *demokratischen Realisten* gänzlich einig. An erster Stelle stehen hierbei die Verteidigung der amerikanischen Hegemonie sowie die Aufrechterhaltung der unilateralen Handlungsfähigkeit der USA. Letztere wird hierbei nicht als zweckfreie Manifestation der amerikanischen Vorherrschaft gesehen, sondern als notwendige Voraussetzung dafür, dass die Vereinigten Staaten ihre globalen Interessen auch weiterhin erfolgreich wahrnehmen können, seien diese nun sicherheitspolitischer, geostrategischer oder ökonomischer Natur. Allerdings dient die Verfolgung dieser doppelten Zielsetzung, und dies werden *demokratische Realisten* nicht müde zu beteuern, nicht nur allein den Interessen der Vereinigten Staaten, sondern mindestens ebenso sehr den Interessen aller übrigen freiheitsliebenden Staaten und Völker. Denn ein Rückzug der Vereinigten Staaten aus ihrer gegenwärtigen Position und das hiermit unweigerlich in Verbindung stehende Aufgeben des Projekts einer *pax americana* würde eben nicht den Boden für den Aufbau einer stabilen, multilateralen Ordnung bereiten, sondern im Gegenteil die Welt in ein ordnungspolitisches Chaos stürzen. So mag die gegenwärtige Dominanz der Vereinigten Staaten dem ein oder anderen Opportunisten ein Dorn im Auge sein, im Lichte der bestehenden Alternativen erweist sie sich jedoch mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit als das geringste aller Übel:

„[T]he destruction of the American system in the world would lead to far more misery and danger than we now see, and that the fall of American power would be a catastrophe not only for Americans but for millions and billions who live beyond our frontiers, including many of those who hate us and would destroy us if they could“ (Mead 2004: 9).⁴⁶

An dieser Stelle zeigt sich nicht nur die USA-Zentriertheit, sondern auch die dem *demokratischen Realismus* immanente Exklusivität. Denn weder ist es irgendeinem anderen Staat möglich, die den Vereinigten Staaten zugedachte Funktion des Weltpolizisten

45 Vgl. auch Cooper (2003: 45).

46 Vgl. auch Elshtain (2003: 6); Krauthammer (1991: 32); Kristol/Kagan (2004: 24); Boot (2003: 64) sowie Wolfowitz (2003).

zu übernehmen, noch sehen *demokratische Realisten* eine Notwendigkeit dafür, dass andere Staaten die Ausübung dieser spezifisch amerikanischen Rolle in irgendeiner Weise kontrollieren. Diese auch aus anderen Zusammenhängen bekannte Denkfigur eines amerikanischen Exzeptionalismus setzt mehr oder weniger stillschweigend voraus, dass alle übrigen Staaten der Welt darauf vertrauen, dass die USA als „wohlmeinender und friedliebender Hüter des internationalen Systems“ von den ihr zur Verfügung stehenden Machtmitteln ebenso in vernünftiger wie gerechter Weise Gebrauch machen (vgl. Fukuyama 2006: 107). In diesem Zusammenhang besonders aufschlussreich ist der in den letzten Jahren zu beobachtende Wandel in der Verwendung der Begriffe „Empire“ und „Imperialismus“. Diese beiden Begriffe wurden in der wissenschaftlichen und tagespolitischen Debatte bis vor wenigen Jahren noch ausschließlich als rein pejorativer Code von Vertretern der Linken und Anhängern klassisch isolationistischer Positionen zur Diffamierung jeglicher außenpolitischer Ambitionen der Vereinigten Staaten gebraucht. Dies änderte sich mit den Anschlägen vom 11. September 2001. Seither haben die Begriffe des „Empire“ und des „Imperialismus“ – wenn auch nicht in ihrer tradierten Bedeutung – eine beachtliche Karriere als analytische Kategorie zur Beschreibung der weltpolitischen Bedeutung der Vereinigten Staaten gemacht.⁴⁷ Unter den *demokratischen Realisten* war es *Max Boot*, der als erster das bestehende Tabu brach und mit diesen Begriffen zu jonglieren begann: „Vorausgesetzt, man akzeptiert, dass man einen Weltpolizisten braucht, lautet also die Frage: Wer bleibt übrig, um diese Rolle zu spielen? Belgien? Bolivien? Burkina Faso? Unsere Freunde in Paris? Ich denke, die Antwort liegt auf der Hand. Es ist das Land mit der dynamischsten Wirtschaft, der leidenschaftlichsten Hingabe an die Freiheit und der stärksten Militärmacht. Im 19. Jahrhundert hat Großbritannien die Feinde der Menschheit bekämpft, Sklavenhändler oder Piraten, und es hat die Weltmeere für den freien Handel offen gehalten. Heute sind die Vereinigten Staaten von Amerika die einzige Nation, die in der Lage ist, eine vergleichbare Rolle zu spielen. Wir haben mehr Macht als Großbritannien auf dem Zenit seines Empire ... Wenn *wir* die Ordnung in der Welt nicht aufrechterhalten, wer sonst? Die Aufgabe diese fernen Länder [Afghanistan, Nordkorea, Iran, Syrien, Libyen] unter Kontrolle zu halten – Regionen voller gescheiterter, krimineller Staaten –, wird letzten Endes uns zufallen. Das bedeutet, dass *liberaler Imperialismus* wohl unsere Zukunft ist, ob es uns gefällt oder nicht“ (Boot 2003: 62 ff.; m. H).

47 Für einen Überblick über die Debatte siehe Ferguson (2003: 38-59).

2.3.3 Die strategische Bedeutung der unilateralen Handlungsfähigkeit der USA

Die Aufrechterhaltung der unbedingten, unilateralen Handlungsfähigkeit globaler Reichweite, erachten *demokratische Realisten* als die notwendige Bedingung dafür, dass die Vereinigten Staaten die von ihnen übernommenen sicherheitspolitischen Aufgaben auch in Zukunft erfüllen können. Zu dieser unilateralen Handlungsfähigkeit zählt insbesondere die alleinige Entscheidungshoheit über den Einsatz militärischer Mittel. Die Bestimmung von Ort, Zeitpunkt und Anlass einer militärischen Operation muss in der alleinigen Obliegenheit der Vereinigten Staaten verbleiben. Eine freiwillige Einschränkung dieser Entscheidungshoheit, in purer Erwartung einer friedlicheren und daher „besser“ zu nennenden Welt, wäre nach Auffassung der demokratischen Realisten nicht nur töricht, sondern auch verantwortungslos. Internationale Institutionen arbeiten im Zweifelsfall nicht nur zu langsam, um drohenden Sicherheitsrisiken effektiv begegnen zu können⁴⁸, sondern es entbehrt darüber hinaus auch jeder Logik, Entscheidungen, die von solchen Institutionen getroffen werden, *per se* einen höheren Grad an Legitimität zuzusprechen, als denjenigen, die innerhalb von demokratisch regierten Staaten auf nationaler Ebene getroffen werden. *Demokratische Realisten* gehen anders als viele gerade ihrer europäischen Kritiker davon aus, dass jenseits des Nationalstaates keine eigenständige Quelle demokratischer Legitimität existiert:

„To put it rather schematically and over-simply, Americans tend not to see any source of democratic legitimacy higher than the constitutional democratic nation-state. To the extent that any international organisation has legitimacy, it is because duly constituted democratic majorities have handed that legitimacy up to them in a negotiated, contractual process. Such legitimacy can be withdrawn at any time by the contracting parties; international law and organisation have no existence independent of this type of voluntary agreement between sovereign nation-states“ (Fukuyama 2002: 6).⁴⁹

In dieser Sichtweise erweist sich der von Kritikern vielfach beschworene Konsens der internationalen Staatengemeinschaft als Chimäre. Denn sofern mit dieser Formel mehr zum Ausdruck gebracht werden soll als eine im Zweifelsfalle äußerst selektiv empfundene Stimmungslage, bleibt völlig unklar, wer eigentlich die Subjekte dieses Konsenses sind und welche Abstimmungskriterien für die Erlangung eines solchen gelten müssen.

48 „International Institutions, at least as we know them, are orientated toward achieving consensus through a process of deliberation. The decisions they take are likely to be based on compromise, and whether they are security alliances like NATO or political organizations like the United Nations, there is a tendency to move at the speed of the slowest and most reluctant member. Such institutions are very unlikely to provide the kind of rapid response that conditions in the twenty-first century will require“ (Mead 2004: 133).

49 Siehe hierzu auch *Robert Kagan*, der von einem „great philosophical schism“ spricht, welches die transatlantische Einheit zwischen „den“ Amerikanern und „den“ Europäern spaltet und seiner Meinung nach auch längerfristig spalten wird (Kagan 2004: 66 f.).

Viele Fragen bleiben offensichtlich unbeantwortet: Handelt es sich bei dem Konsens der internationalen Staatengemeinschaft um eine Übereinstimmung zwischen den Staatsoberhäuptern, den Bevölkerungsmehrheiten der Staaten oder der gesamten Erdbevölkerung? Ist möglicherweise die Zustimmung bestimmter Staaten respektive ihrer Bevölkerungsmehrheiten für einen solchen Konsens wichtiger als die anderer? Und was überhaupt bedeutet Konsens? Setzt dieser – einer rein intergouvernementalen Logik folgend – Einstimmigkeit voraus, oder kann für die Deklaration eines solchen eine qualifizierte Mehrheit der Abstimmungsberechtigten als ausreichend erachtet werden?

Vor diesem Hintergrund erschließt sich auch die Skepsis, die *demokratische Realisten* gegenüber multilateralen Kooperationsformen hegen. *Demokratische Realisten* verstehen multilaterale Zusammenarbeit stets – rhetorisch offen und schonungslos – in einem instrumentellen Sinn. Das heißt, die Zusammenarbeit mit anderen Staaten gilt nicht als ein an sich anzustrebendes Gut, sondern unterliegt einem streng rationalen Kosten-Nutzen-Kalkül.⁵⁰ Dementsprechend sehen die *Demokratischen Realisten* in den Vereinten Nationen und in deren für Fragen der internationalen Sicherheit zuständigem Gremium, dem Weltsicherheitsrat, nicht mehr als ein *Forum*, in dem sich Staaten zusammenfinden, um ihren individuellen Einfluss in der internationalen Politik zu steigern. Im Gegensatz zu so manchem Gegner präventiver Selbstverteidigung, erachten die *demokratischen Realisten* weder die Generalversammlung, noch den Sicherheitsrat als Repräsentanten des Weltgewissens bzw. als einen mit eigenen Kompetenzen und einer besonderen Legitimität ausgestatteten Akteur der internationalen Politik.⁵¹ Die Zustimmung

50 Robert Kagan führt für die Verdeutlichung der Differenzen zwischen den in der Debatte vertretenen Positionen die Unterscheidung zwischen einem principled und einem instrumental multilateralism ein: „Most Americans are not principled multilateralists. They are instrumental multilateralists. Yes, they want to win international support. They like allies and they like approval for their actions. But the core of the American multilateralist argument is pragmatic. As Baker puts it, ‚the costs will be much greater, as will be the political risks, both domestic and international, if we end up going it alone.‘ This would seem unarguable. But Baker’s multilateralism is a cost-benefit analysis, not a principled commitment to multilateral action as the cornerstone of world order“ (Kagan 2002: A 18); vgl. hiermit auch: „For other nations, multilateralism means choosing to engage in an action along with the United States; for the United States, it means assuming the primary responsibility in any major engagement. There are no doubt very good practical reasons for downplaying this fact, but it is dangerous to allow the gentle fictions of modern diplomacy to penetrate too deeply into our own way of thinking. The whole system depends on the national resolve of the United States, and this resolve cannot be maintained over the long run without a strong sense of national purpose“ (Ceasar 2000: 36).

51 „It is exceedingly strange to view the United Nations as a higher moral authority than the United States. The U.N., after all, is simply a collection of sovereign states. The organization makes no distinctions based on political systems; a tyranny is as welcomed as a democracy. (...) Moreover, in matters of war and peace, the only members of the United Nations that count are those who sit on the Security Council. Among its permanent members – China, Russia, Britain, the United States and France – only three qualify as mature democracies. And even they use the U.N. for their geopolitical ends. In the case of France, for example, those ends often involve little more than obstructing the

des Weltsicherheitsrats für eine geplante Militärintervention sehen *demokratische Realisten* daher höchstens als sinnvolles Mittel an, um bei möglichen Koalitionären auf eine höhere Bereitschaft zu stoßen, die von der Regierung der Vereinigten Staaten beschlossenen Militäreinsätze zu unterstützen. Eine Resolution des Sicherheitsrats kann hingegen niemals als ausschlaggebende Bedingung für den Gebrauch militärischer Mittel angesehen werden, da die Mitglieder des Sicherheitsrats keine Gemeinschaft politisch Gleicher repräsentieren, sondern im Zweifelsfall lediglich danach streben, ihre eigenen Interessen durchzusetzen. Darüber hinaus wäre es für die Regierung der Vereinigten Staaten gegenüber ihrer eigenen Bevölkerung unverantwortlich, die amerikanischen Sicherheitsinteressen internationalen Gremien zu überantworten, in denen Staaten vertreten sind, die weder ihr eigenes Volk achten noch bereit sind, die gegenwärtige Stellung der Vereinigten Staaten im internationalen System zu akzeptieren.⁵²

Die oberste Priorität gilt folglich nicht dem Bewahren eines – wie auch immer definierten – Konsenses der Staatengemeinschaft bzw. der Aufrechterhaltung eines stabilen Bündnissystems, sondern der fortwährenden Garantie der unilateralen Handlungsfähigkeit der Vereinigten Staaten:

„Any decision to use force within a local theatre cannot be made except by us, and that action will always be a national decision. This does not mean that we will generally act alone. Active support and participation by others provide added legitimacy to any venture, making the exercise of our power more acceptable to the world. But which forum we use for action – the United Nations, NATO, or some ad hoc alliances – is a matter of prudence, not principle“ (Ceasar 2000: 41).⁵³

Demokratische Realisten machen in diesem Zusammenhang immer wieder deutlich, dass ein Fortschritt in Richtung des kantischen Ideals – welches sie teilen – nicht von internationalen Institutionen zu erwarten ist, sondern allein von mächtigen, demokratisch verfassten Nationalstaaten, insbesondere natürlich von den Vereinigten Staaten selbst:

United States, an exercise often involving hypocrisy as well as malice“ (Kaplan/Kristol 2003: 91); vgl. auch (Frum/Perle 2004: 229).

52 Unfortunately, international institutions are not a magic solution that can fully resolve the tensions of the American world role. They can sometimes cause serious problems. International institutions include countries who do not share America’s sense of values and priorities. This can mean countries that are hostile to American power, or countries who believe that the international system should be acting more aggressively to curb American power and subject it more fully to the rule of law“ (Mead 2004: 64); ebenso Sharansky/Dermer (2004: 279), Krauthammer (2004a: 3), Kagan (2002).

53 Vgl. hierzu auch: „Of course one acts in concert with others if possible. It is nice when others join us in the breach. No one seeks to be unilateral. Unilateralism simply means that one does not allow oneself to be held hostage to the will of others“ (Krauthammer 2004a: 4); noch schärfer Kagan (2004: 82 ff.).

„There is much pious talk about a new multilateral world and the promise of the United Nations as guarantor of a new post-Cold War order. But this is to mistake cause and effect, the United States and the United Nations. The United Nations is guarantor for nothing“ (Krauthammer 1991: 25 f.).

3. Der Irakkrieg als empirisches Fallbeispiel

Der Krieg der Vereinigten Staaten gegen den Irak im Frühjahr 2003 gilt nicht nur als der erste, sondern bislang auch der einzige Fall, in dem sich die USA offiziell auf das Recht auf präventive Selbstverteidigung berufen haben. Dieser Krieg wurde von der ganz überwiegenden Mehrzahl der *demokratischen Realisten* befürwortet. Im Folgenden sollen die Gründe für diese Zustimmung dargelegt werden. Es sei allerdings darauf hingewiesen, dass diese nicht notwendigerweise gleichbedeutend mit den „wahren“ Motiven für den von den Vereinigten Staaten initiierten Krieg sind. In analytischer Hinsicht muss folglich unterschieden werden zwischen der Darstellung, warum diese militärische Intervention von einer bestimmten Gruppe offiziell befürwortet wurde, und der Frage, warum die Regierung der Vereinigten Staaten letztlich bereit war, diesen Krieg zu führen.

David Frum und *Richard Perle* nennen in ihrem *An End to Evil* insgesamt fünf Gründe, die ihrer Meinung nach einen präventiven Einsatz militärischer Gewalt gegen den Irak rechtfertigen (Frum/Perle 2003: 26 f.)⁵⁴:

1. Die Vereinigten Staaten verhindern durch eine Militärintervention, dass Saddam Hussein entweder Massenvernichtungswaffen, die er bereits besitzt, gegen die „freie Welt“ einsetzt oder solche Waffen einsetzen würde, sobald er in ihren Besitz gelangen sollte. Es ist demnach letztlich nicht entscheidend, ob *Saddam Hussein* zum Zeitpunkt des amerikanischen Angriffs tatsächlich über Massenvernichtungswaffen verfügte oder nicht. Zum einen war es nicht möglich, im Vorhinein mit Gewissheit auszuschließen, ob das irakische Regime diese Waffen besaß oder nicht, zum anderen war es das Ziel der militärischen Intervention, nicht nur bereits existierende Waffen unschädlich zu machen, sondern auch die Herstellung solcher Waffen durch einen Diktator wie *Saddam Hussein* in der Zukunft auszuschließen.
2. Die Vereinigten Staaten erringen mit der Vertreibung *Saddam Husseins* von den Schalthebeln der Macht einen großen Sieg im Kampf gegen den Terrorismus, weil sie ein Regime im Nahen Osten beseitigen, welches mehrere Jahrzehnte zu den

⁵⁴ Siehe auch bereits Perle (2000: 99 f.).

Hauptunterstützern des islamischen Terrorismus zählte. Darüber hinaus verlieren radikal-islamische Terroristen nach dem Fall der *Taliban* in Afghanistan binnen kurzer Zeit einen weiteren geografischen Ort, an dem sie trainieren, Attentate planen und sich zurückziehen können.

3. Die Vereinigten Staaten verhindern einen Triumph der neuen Feinde Amerikas, den diese zwangsläufig errungen hätten, sofern sich *Saddam Hussein* trotz seiner zahlreichen Verbrechen und Provokationen weiter an der Macht hätte halten können. Ein gewaltsamer Sturz *Saddam Husseins* bietet den Vereinigten Staaten endlich die Gelegenheit, Stärke zu demonstrieren und einen Abschreckungseffekt bei anderen Schurken zu erzielen. *Frum* und *Perle* nennen in diesem Zusammenhang die Staatsoberhäupter des Irans und Nordkoreas.⁵⁵
4. Die Vereinigten Staaten sammeln durch ihr Engagement im Irak wertvolle Erfahrungen, auf welche Weise sich kriegerische Auseinandersetzungen in dieser für die Wahrung der amerikanischen Sicherheitsinteressen enorm wichtigen Region führen bzw. wie sich autoritär-islamische Regime in Demokratien transformieren lassen. Hierbei ist zu beachten, dass im Kampf gegen den Terrorismus eine ganze Reihe von Staaten des Nahen und Mittleren Ostens in das Visier der *demokratischen Realisten* geraten sind. Mit dem Krieg gegen den Irak wurde von vielen auch die Hoffnung auf eine Initialzündung für einen regionalen „Demokratisierungsprozess“ verbunden.
5. Die Vereinigten Staaten sorgen für das Ende der grausamsten Herrschaft in der arabischen Welt und eröffnen einer jahrzehntlang geknechteten Nation mit insgesamt über 26 Millionen Einwohnern den Weg in die Freiheit.

Als ein weiterer, sechster Grund für den Irakkrieg, von *Frum* und *Perle* in diesem Kontext allerdings nicht genannt, tritt hinzu, dass sich die Strategie des *Containments* nie bewährt habe. Nach Ansicht der *demokratischen Realisten* bot die Strategie des *Con-*

55 Siehe hierzu auch den folgenden Kommentar von *Krauthammer*: „Whether or not Iraq had large stockpiles of WMDs, the very fact that the United States overthrew a hostile regime that repeatedly refused to come clean on its weapons has had precisely this deterrent effect. We are safer today not just because Saddam is gone, but because Libya and any others contemplating trafficking with WMDs, have – for the first time – seen that it carries a cost, a very high cost“ (*Krauthammer* 2004a: 4; m. H.); vgl. auch *Gaddis* (2004: 99). Die Kritik der *demokratischen Realisten* an der *Clinton-Administration* ist mittlerweile Legion: „The sheer audacity of what bin Laden went on to do on September 11 was unquestionably a product of his contempt for American power. Our persistent refusal for so long to use that power against him and his terrorist brethren – or to do so effectively whenever we tried – reinforced his conviction that we were a nation on the way down, destined to be defeated by the resurgence of the same Islamic militancy that had once conquered and converted large parts of the world by the sword“ (*Podhoretz* 2004: 9).

tainments keine ausreichende Gewährleistung dafür, dass *Saddam Hussein* nicht doch in den Besitz von Massenvernichtungswaffen gelangen und diese gegebenenfalls an terroristische Netzwerke weitergeben würde.⁵⁶ Darüber hinaus entstanden durch den Versuch, *Saddam Hussein* einzudämmen, permanente politische, materielle und humane Kosten. Als für den Kampf gegen den Terrorismus am Bedeutsamsten wurde hierbei die Tatsache erachtet, dass die Strategie des *Containments* eine fortdauernde massive Militärpräsenz der Vereinigten Staaten am Persischen Golf erzwang. Die seit dem ersten Golfkrieg in Saudi-Arabien stationierten amerikanischen Truppen trugen nach Auffassung der *demokratischen Realisten* auf zweifache Weise zur Destabilisierung der Region und zur Förderung des Terrorismus bei: Zum einen bedeutete die amerikanische Militärpräsenz in Saudi-Arabien eine Provokation für strenggläubige Muslime und lieferte damit *Osama Bin Laden* das zentrale Argument für die Ausrufung seines *Heiligen Krieges*.⁵⁷ Zum anderen geriet das saudiarabische Königshaus auf Grund der amerikanischen Truppen unter direkten innenpolitischen Druck, in dessen Folge es sich gezwungen sah, mehr und mehr Zugeständnisse an radikal islamische Kräfte im eigenen Land zu machen.⁵⁸ Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 wurde ein schlichtes Aufgeben der Strategie des *Containments* und ein hiermit verbundener stillschweigender Rückzug der amerikanischen Truppen schon allein wegen der von einem solchen Rückzug ausgehenden Signalwirkung als undenkbar erachtet. Der einzige Ausweg, der in den Augen der *demokratischen Realisten* den Vereinigten Staaten blieb, war daher die Flucht nach vorne: „If one can't stay where one is, and one can't go back, the only alternative is to move forward – in this case, toward regime change“ (Mead 2004: 119).

Auffällig ist, dass die vorgebrachten Begründungen für die Legitimation präventiver Gewaltmittel nicht so sehr auf vergangenen oder gegenwärtigen Verfehlungen *Saddam Husseins* basieren, sondern auf den Gefahren, die von dessen Regime als solchem in einer veränderten sicherheitsstrategischen Umgebung auszugehen drohen. *Demokratische Realisten* lässt daher auch die Kritik, die nach der erfolgten Intervention an der offiziellen Begründung⁵⁹ des Irakkriegs laut wurde, relativ kalt. Für sie ist es letzten Endes nicht entscheidend, ob *Saddam Hussein* bereits Massenvernichtungswaffen besaß

56 Siehe hierzu Pollack (2002: 211-242), Kaplan/Kristol (2003: 79 ff.) sowie Mead (2004: 119).

57 Bin Laden (1998: 85 ff.); siehe auch Wolfowitz (2003).

58 Mead (2004: 118); vgl. auch Fukuyama (2006: 88).

59 Die offizielle Begründung der *Bush-Administration* basierte bekanntlich auf drei miteinander zusammenhängenden Argumenten: 1. *Saddam Hussein* ist im Besitz von Massenvernichtungswaffen und hat in der Vergangenheit bereits bewiesen, dass er nicht davor zurückschreckt, diese einzusetzen. 2. Das irakische Regime unterhält aktive Beziehungen zu *Osama Bin Laden* und weiteren Terroristen. 3. *Saddam Hussein* drangsaliert sein Volk. Vgl. Wolfowitz (2003); Cheney (2003); Mead (2004: 116 f.); Bennett (2003: 1); Fukuyama (2006: 87) und Kubbig (2004: 32).

und inwiefern sich dies durch die Auffindung solcher Waffen *ex post* beweisen lässt bzw. wie stark die Verbindungen des irakischen Regimes zu terroristischen Netzwerken tatsächlich waren, denn letztlich bedeutete die *pure Existenz* des irakischen Regimes eine nicht länger hinnehmbare Sicherheitsbedrohung für die USA und ihre Verbündeten. Diese Sichtweise beinhaltet, dass sich durch das Auffinden faktischer Beweise für die verbrecherischen Taten und Absichten eines Regimes die Legitimität eines präventiven Einsatzes militärischer Gewalt im politischen Diskurs sicherlich erhöhen lässt, jedoch nicht als Voraussetzung für die Durchführung eines präventiven Verteidigungsschlages gelten kann. Berühmt wurden in diesem Zusammenhang die Worte des CIA-Direktors *George Tenet*: „Die Abwesenheit des Beweises ist nicht der Beweis der Abwesenheit.“⁶⁰ Als notwendige *und* hinreichende Bedingung präventiver Selbstverteidigung entpuppt sich für *demokratische Realisten* hingegen die Frage nach dem Regime-typ eines Staates. Im Rahmen der von den *demokratischen Realisten* verfochtenen Logik können sich daher letztlich ausschließlich demokratisch regierte Staaten sicher sein, nicht zu Opfern von Präventivschlägen der USA zu werden. Den besten und gleichzeitig einzigen Schutz für nicht-demokratische Regime gegenüber solchen Militäreinsätzen bietet daher die umgehende Initiierung eines glaubwürdigen Demokratisierungsprozesses. Eben dies ist auch das Signal, welches *demokratische Realisten* von der amerikanischen Regierung an sämtliche Schurkenstaaten und Terroristen gesendet sehen wollen – und koste es das Vertrauen jahrzehntelanger Bündnispartner. Denn nach Auffassung der *demokratischen Realisten* gehen von letztgenannten keinerlei Sicherheitsbedrohungen für die Vereinigten Staaten aus, hingegen werden diese selbst immer als stark genug empfunden, um es mit ihren Gegnern im Notfall auch alleine aufzunehmen: „If the good guys had to be scared in order to make sure the bad guys knew you were serious, so be it“ (Mead 2004: 115).⁶¹

60 Hier zitiert nach Kubbig (2004: 11). Mit dieser bei einem ersten Hören intellektuell höchst anspruchsvoll anmutenden Formulierung, drohen die demokratischen Realisten allerdings einem naturalistischem Fehlschluss aufzusitzen – oder sich eines solchen zu bedienen –, denn mit der Forderung nach Beweisen für die Existenz von Massenvernichtungswaffen verbindet sich eben gerade die Erwartung, dass die Existenz dieser Waffen tatsächlich zu beweisen ist, und nicht etwa, von Seiten der vermeintlichen Besitzer, deren Abwesenheit. Juristisch gesprochen postulieren die *Demokratische Realisten* somit eine Umkehrung der Beweispflicht und erheben gleichzeitig eine logisch unmögliche Forderung, denn die Abwesenheit von etwas lässt sich faktisch nicht beweisen.

61 Vgl. hiermit auch: „Die unreflektierte Behauptung, die USA könnten es ‚im Alleingang‘ nicht schaffen, entspringt eher Wunschenken als objektivem Sachurteil. Amerikaner stimmen sich bei ihrem Vorgehen gewiss lieber mit anderen Staaten ab, und amerikanische Aktionen haben eine höhere Erfolgswahrscheinlichkeit, wenn die USA Verbündete haben. Aber wenn es wirklich zutreffen würde, dass die Vereinigten Staaten nicht einseitig vorgehen könnten, dann hätten wir nicht diese große transatlantische Debatte über den amerikanischen Unilateralismus. Das Problem, mit dem wir gegenwärtig konfrontiert sind – sofern es ein Problem ist –, besteht darin, dass die Vereinigten Staaten ‚im Allein-

4. Konklusion

Demokratische Realisten rechtfertigen präventive Selbstverteidigung vor dem Hintergrund einer sehr spezifischen Weltsicht, in der sowohl machtpolitische als auch moralische Erwägungen eine bedeutende Rolle einnehmen. Der Versuch, dieses Weltbild möglichst umfassend zu skizzieren, fördert zahlreiche interessante Ergebnisse zu Tage. Zu den wichtigsten zählen die folgenden drei (siehe Schaubild 1):

1. Der *demokratische Realismus* verwirft die von allen bisherigen Theorieansätzen der Internationalen Beziehungen geteilte Grundannahme, dass Nationalstaaten die alles entscheidenden Akteure der Internationalen Politik sind. Auf Grund eines geografisch ausgedehnten, inhaltlich hingegen sehr eng gefassten Verständnisses des Begriffs der „nationalen Sicherheit“ wird bestimmten nicht-staatlichen Akteuren eine bedeutend höhere Relevanz zugesprochen als vielen regionalen Großmächten. Hierin liegt das innovative Potential des *demokratischen Realismus*, welches ihn nach den Anschlägen vom 11. September 2001 für viele als attraktive Alternative gegenüber *Realismus* und *Liberalismus* erscheinen ließ.
2. Der *demokratische Realismus* geht des Weiteren davon aus, dass sich die Achtung des Prinzips der Staatensouveränität für die Organisation internationaler Sicherheit überlebt hat. Wichtiger werden andere Kriterien. An erster Stelle steht hierbei die Frage nach dem Regimetyp eines Staates und dessen prinzipieller Haltung gegenüber dem demokratischen Westen. Dies hat unter anderem zur Folge, dass nunmehr selbst *zerfallende Staaten* als gewichtige Akteure in der Analyse internationaler Sicherheitsbedrohungen auftauchen. Die Brille, durch die *demokratische Realisten* auf die internationalen Beziehungen schauen, lässt sie stets und zuallererst differenzieren zwischen demokratisch friedlichen und nicht-demokratisch, und d. h. zumindest immer potentiell, bedrohlichen Regimes.
3. Auf Grund der Spezifika der gegenwärtigen Sicherheitsbedrohungen erachten die *demokratischen Realisten* die Aufrechterhaltung der geostrategischen Hegemonie und der unilateralen Handlungsfähigkeit der Vereinigten Staaten als unabdingbar. Dies bedeutet, dass das globale Sicherheitsregime autokratisch organisiert ist. Eine Beteiligung an der Führung oder gar eine Kontrolle der ausführenden Gewalt im internationalen System wird weder als erwünscht noch notwendig erachtet. Obwohl, oder besser gesagt, gerade weil sich Sicherheitsbedrohungen zunehmend

gang‘ agieren können, und es ist nicht weiter verwunderlich, dass sich die Supermacht Amerika diese Fähigkeit bewahren möchte“ (Kagan 2003: 47).

privatisieren und dezentralisieren, setzten die demokratischen Realisten nicht auf internationale Institutionen oder stabile Bündnissysteme, sondern auf die Stärke der amerikanischen Nation. Hinter diesem zunächst etwas kontraintuitiv anmutenden Schluss stecken die Annahmen, dass sich zum einen nicht-staatliche Bedrohungen auf der zwischenstaatlichen Ebene nicht bekämpfen lassen und zum anderen, dass internationale Institutionen wie der Weltsicherheitsrat kein geeignetes Instrumentarium bereitstellen, um effektiv gegen Terroristen und Schurkenstaaten vorgehen zu können. Somit gilt: Keine Sicherheit ohne Hegemonie und keine Hegemonie ohne unlimitierte, d. h. unkontrollierte Handlungsfreiheit der USA.

Die theoretischen Ausführungen der *demokratischen Realisten* weisen einen hohen Grad an logischer Stringenz und inhaltlicher Kohärenz auf. Ist man gewillt, die zum Teil überaus voraussetzungsreichen Prämissen und Hypothesen zu teilen, ergeben sich relativ wenige Anknüpfungspunkte für eine überzeugende theorieimmanente Kritik. Am ehesten in Widersprüche verwickeln sich die Befürworter präventiver Selbstverteidigung, wenn es um die Kalkulation der Handlungsrationalität von Schurkenstaaten geht. Auf der einen Seite gelten diese als prinzipiell nicht abschreckbar, auf der anderen Seite erhoffen sich *demokratische Realisten* von einem präventiven Vorgehen gegen einen Teil dieser Staaten Abschreckungseffekte gegenüber den anderen. Je nach Kontext scheint daher die Demonstration amerikanischer Macht Wirkung zu zeigen oder aber völlig folgenlos zu bleiben. Darüber hinaus bleibt unverständlich, warum Diktatoren, die jahrzehntelang nach Massenvernichtungswaffen streben, um ihre eigene Sicherheit zu gewährleisten, diese, sofern ihnen die Produktion solcher Waffen endlich gelungen ist, an andere Akteure weitergeben sollten.

Von außen betrachtet erscheint das Weltbild des demokratischen Realismus in vielerlei Hinsicht als fragwürdig.⁶² So lassen sich auf der theoretischen Ebene insbesondere die monokausalen, bisweilen sogar reduktionistisch anmutenden Erklärungsansätze über die Ursachen von Terrorismus sowie der Kriegsneigung von autoritären Regimes kritisieren. Insbesondere der Mangel an soziologischen Erklärungsansätzen erscheint eklatant. Ebenso problematisch erscheint die Verschmelzung der analytisch vollkommen unterschiedlichen Kategorien von Terroristen und Schurkenstaaten. Darüber hinaus bleibt die Bedrohungseinschätzung durch transnational agierende Terroristen ohne jedes Korrektiv. Auf der empirischen Ebene drohen *demokratische Realisten* die Fähigkeiten der

62 Siehe u. a. Barber (2003), Brown (2003), Buchanan (2004), Fukuyama (2006), Haas (2005), Hersh (2004), Halper/Clarke (2004), Mearsheimer/Walt (2003), Vidal (2002), Walt (2005).

Schaubild 1: Die sicherheitsstrategische Perspektive der demokratischen Realisten

Akteur	Bedrohung für die internationale Sicherheit	Potential, anderen gewaltsam Schaden zuzufügen	Regimetyyp, respektive Organisationsform	Beispiele
USA	keine	sehr hoch	demokratisch	USA
Schurkenstaaten	sehr hoch	hoch	tyrannisch	Iran, Nord-Korea
Terrornetzwerke	sehr hoch	sehr hoch	dezentral-personalistisch	Al-Qaida
Zerfallende Staaten	hoch	gering	anarchisch/tribalistisch	Somalia, Liberia
Autoritäre Staaten	mittel – hoch	mittel – hoch	autoritär	China, Russland, Pakistan, Serbien
Etablierte Demokratien der westlichen Welt	keine	mittel – hoch	demokratisch	Mitgliedstaaten der EU, Japan, Australien
Internationale Organisation im Bereich der Sicherheitspolitik	keine	gering	intergouvernemental	UNO, NATO

Vereinigten Staaten zu über- und die der internationalen Staatengemeinschaft zu unterschätzen bzw. neigen tendenziell dazu, *power over resources* mit *power over outcomes* gleichzusetzen. Dies scheint vor allem aus einer Engführung des Begriffes der nationalen Sicherheit zu resultieren und einer Konzentration auf so genannte *hard power*. Hinsichtlich des präventiven Einsatzes militärischer Gewalt erscheint nicht nur deren moralische Rechtfertigung unzureichend, sondern auch deren Effektivität in der Praxis. Vollkommen unberücksichtigt lassen *demokratische Realisten* die Opportunitätskosten dieser Strategie bzw. den möglichen Missbrauch durch andere Staaten. In normativer Hinsicht fragwürdig erscheint schließlich der nicht anders als imperialistisch zu bezeichnende Führungsanspruch der amerikanischen Nation. Eine Demokratie, die sich um ihrer Sicherheit willen völlig unkontrolliert die Welt nach ihrem Bilde unterwirft, droht nicht nur ihre Verbündeten, sondern auch ihre Glaubwürdigkeit dauerhaft zu verlieren.

* * *

Was bleibt? *Bernhard Zangl* und *Michael Zürn* stellen in ihrem Buch *Krieg und Frieden* die These auf, dass sich im gegenwärtigen Übergang von der nationalen zur postnationalen Konstellation, die Frage nach Krieg und Frieden völlig neu stellt und dementspre-

chend paradigmatische Veränderungen im Bereich der Sicherheitspolitik notwendig werden lässt. Zangl und Zürn fordern für eine innovative Theoriebildung, die in der Lage ist, mit den empirischen Veränderungsprozessen unserer Tage Schritt zu halten, eine Überwindung der die Disziplin prägenden Trennung zwischen einer *staats-* und einer *gesellschaftsorientierten* Perspektive (Zangl/Zürn 2003: 16).⁶³ Der *demokratische Realismus* kann trotz aller Kritik als eine solche Innovation begriffen werden, wenn er auch auf halbem Wege zu scheitern droht. Interessanterweise gelingt zwar in Form einer einzigartigen Symbiose realistischer und liberaler Denktraditionen die Überwindung der von Zangl und Zürn kritisierten Trennung zwischen einer *staats-* und einer *gesellschaftsorientierten* Perspektive, allerdings lösen *demokratische Realisten* den praktischen Anspruch eines postnationalen Sicherheitsparadigmas nur sehr bedingt ein. So gelingt ihnen innerhalb der Konstruktion ihres Weltbildes zwar eine systematische und prinzipiell sogar als problemnah zu bezeichnende Integration der neu entstandenen Sicherheitsbedrohungen, allerdings fallen sie hinsichtlich der von ihnen entwickelten Lösungen in rein nationale, wenn nicht sogar nationalistisch zu bezeichnende Denktraditionen zurück. Im Zeitalter entterritorialisierter Bedrohungen ist es einzelnen Staaten schlicht nicht länger vergönnt, selbstständig und im Zweifelsfall ganz alleine für die Garantie ihrer *nationalen Sicherheit* zu sorgen. Die militärische Potenz der Vereinigten Staaten mag daher möglicherweise ausreichen, um sämtliche gewaltbereiten Staaten dieser Welt mehr oder weniger in Schach zu halten, einen wirksamen Schutz gegen transnational operierende Terroristen, ob nun mit Massenvernichtungswaffen ausgerüstet oder nicht, kann diese hingegen niemals leisten. Hierzu bedarf es den Einsatz anderer Mittel und anderer Strategien.

5. Literatur

Barber, Benjamin R. 2003: *Imperium der Angst. Die USA und die Neuordnung der Welt*, München.

Bennett, William J. 2003: *Why We Fight. Moral Clarity and the War on Terrorism*, Washington, D.C., überarbeitete Aufl.

Blankenhorn, David 2002: Redebeitrag in: *Iraq and Just War: A Symposium* (event transcript, September 30, 2002), Pew Forum on Religion & Public Life, Washington, D.C., im Internet unter: <<http://pewforum.org/events/index.php?EventID=36>>, Stand 29.08.2006.

63 Siehe hierzu auch folgende Mahnung von *Robert Keohane*: „All of these views [realism, institutionalism and some form of constructivism] share a common fault: they do not sufficiently take account of how globalization facilitates the agency of non-state entities and networks. After September 11 no liberal should be able to forget that non-state actors, operating within the borders of liberal states, can be as coercive and fear-inducing as states“ (Keohane 2002: 282).

- Boot, Max 2003: Plädoyer für ein Empire, in Speck, Ulrich/Sznaider, Natan (Hg.): *Empire America. Perspektiven einer neuen Weltordnung*, München, 60-70.
- Brown, Chris 2003: Self-Defense in an Imperfect World, in: *Ethics & International Affairs*, 17: 1, 2-8.
- Buchanan, Patrick J. 2004: *Where the Right Went Wrong. How Neoconservatives Subverted the Reagan Revolution and Hijacked the Bush Presidency*, New York.
- Bush, George W. 2001: Address to a Joint Session of Congress and the American People, vor den beiden Häusern des Kongresses am 20.09.2001 gehaltene Rede, im Internet: <<http://www.whitehouse.gov/news/releases/2001/09/20010920-8.html>>, Stand 24.08.2006.
- Bush, George W. 2002a: President Delivers State of the Union Address, 29.01.2002, Rede zur Lage der Nation, im Internet unter: <<http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/01/20020129-11.html>>, Stand 24.08.2006.
- Bush, George W. 2002b: President Bush delivers Graduation Speech at West Point, Rede vor dem Abschlussjahrgang der Militärakademie von West Point, gehalten am 01.06.2002, im Internet unter: <<http://www.whitehouse.gov/news/releases/2002/06/20020601-3.html>>, Stand 24.08.2006.
- Bush, George W. 2002c: The National Security Strategy of the United States of America, publiziert am 20.09.2002, im Internet unter: <<http://www.whitehouse.gov/nsc/nss.html>>, Stand 24.08.2006.
- Ceasar, James W. 2000: The Great Divide. American Internationalism and its Opponents, in Kagan, Robert/Kristol, William (Hg.): *Present Dangers. Crisis and Opportunity in American Foreign and Defense Policy*, San Francisco, 25-43.
- Cheney, Richard 2003: Meeting the Challenge of the War on Terrorism, Heritage Lecture No. 802, Heritage Foundation, Washington, D.C., im Internet unter <<http://www.heritage.org/Research/MiddleEast/HL802.cfm>>, Stand 29.08.2006.
- Cooper, Robert 2003: *The Breaking of Nations. Order and Chaos in the Twenty-first Century*, New York.
- Cushman, Thomas (Hg.) 2005: *A Matter of Principle. Humanitarian Arguments for War in Iraq*, Berkeley, Los Angeles, London.
- Elshtain, Jean Bethke 2003: *Just War against Terror. The Burden of American Power in a Violent World*, New York.
- Ferguson, Niall 2003: Das verleugnete Empire, in: Speck, Ulrich/Sznaider, Natan (Hg.): *Empire Amerika. Perspektiven einer neuen Weltordnung*, München, 15-37.
- Franck, Thomas M. 2003: What Happens Now?, in: *American Journal of International Law*, 97: 3, 607-620.
- Frum, David/Perle, Richard 2003: *An End to Evil. How to Win the War on Terror*, New York.
- Fukuyama, Francis 2002: Has History Restarted Since September 11? John Bonython Lecture, Melbourne.
- Fukuyama, Francis 2006: *Scheitert Amerika? Supermacht am Scheideweg*, Berlin.
- Gaddis, John Lewis 2004: *Surprise, Security, and the American Experience*, Cambridge/Massachusetts, London.
- Glennon, Michael J. 2002: The Fog of Law: Self-Defense, Inheritance, and Incoherence in Article 51 of the United Nations Charter, in: *Harvard Journal of Law & Public Policy*, 25: 2, 539-557.
- Greenwood, Christopher 2003: International Law and the Pre-emptive Use of Force: Afghanistan, Al-Qaida, and Iraq, in: *San Diego International Law Journal* 4, 7-37.

- Greve, Patricia 2004: Neoconservative Ideas and Foreign Policy in the Administration of George W. Bush: A German View, im Internet unter: <<http://www.aicgs.org/analysis/c/grevegerman.aspx>>, Stand 24.08.2006.
- Haas, Richard N. 2005: *The Opportunity. America's Moment to Alter History's Course*, New York.
- Halper, Stefan/Clarke, Jonathan 2004: *America Alone. The Neo-Conservatives and the Global Order*, Cambridge/Massachusetts.
- Hersh, Seymour M. 2004: *Die Befehlskette. Vom 11. September bis Abu Ghraib*, Reinbek.
- Ignatieff, Michael 2004: *The Lesser Evil. Political Ethics in an Age of Terror*, Oxford.
- Institute for American Values (IAV) 2002: What We're Fighting for: A letter from America, IAV, New York, im Internet unter: <<http://www.americanvalues.org/html/wwff.html>>, Stand 24.08.2006.
- Kagan, Donald/Kagan, Frederick W. 2000: *While America Sleeps. Self-Delusion, Military Weakness, and the Threat to Peace Today*, New York.
- Kagan, Robert 2002: Multilateralism, American Style, *Washington Post* vom 13.9.2002, A 18.
- Kagan, Robert 2004: America's Crisis of Legitimacy, in: *Foreign Affairs*, 83: 2, 65-87.
- Kagan, Robert: 2003 *Macht und Ohnmacht*, Berlin.
- Kaplan, Lawrence F./Kristol, William 2003: *The War Over Iraq. Saddam's Tyranny and America's Mission*, San Francisco.
- Keohane, Robert 2002: *Power in a Partially Globalized World*, London/New York.
- Krauthammer, Charles 1991: The Unipolar Moment, in: *Foreign Affairs*, 70: 1, 23-33.
- Krauthammer, Charles 2001: Voices of Moral Obtuseness, in: *The Washington Post*, 21. September, abgedruckt in: Sifry, Micah, L./Cerf, Christopher 2003: *The Iraq War Reader. History, Documents, Opinions*, New York, London, Toronto, Sydney.
- Krauthammer, Charles 2004a: Democratic Realism. An American Foreign Policy for a Unipolar World, American Enterprise Institute for Public Policy Research, Washington, D.C.
- Krauthammer, Charles 2004b: In Defense of Democratic Realism, in: *National Interest*, 77: 3 (autumn), 15-25.
- Kristol, William/Kagan, Robert 1996: Toward a Neo-Reaganite Foreign Policy, in: *Foreign Affairs*, 75: 4, 18-32.
- Kristol, William/Kagan, Robert 2000: National Interest and Global Responsibility, in: Kagan, Robert/Kristol, William (Hg.): *Present Dangers. Crisis and Opportunity in American Foreign and Defense Policy*, San Francisco, 3-24.
- Kubbig, Bernd W. 2004: Wolfowitz' Welt verstehen. Entwicklung und Profil eines „demokratischen Realisten“, HSFK-Report 7/2004, Die Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, im Internet unter: <<http://www.hsfk.de/downloads/report0704.pdf>>, Stand 25.08.2006.
- Laden, Osama bin 1998: Erklärung der internationalen islamischen Front für den Heiligen Krieg gegen die Juden und Kreuzfahrer, abgedruckt in: Kepel, Gilles/Milelli, Jean-Pierre (Hg.) 2006: *Al-Qaida. Texte des Terrors*, München, 85-89.
- Laden, Osama bin 2004: Botschaft an das amerikanische Volk, abgedruckt in: Kepel, Gilles/Milelli, Jean-Pierre (Hg.) 2006: *Al-Qaida. Texte des Terrors*, München, 129-136.
- Martinez, Lucy 2003: September 11th, Iraq and the Doctrine of Anticipatory Self-Defense, in: *UMKC Law Review* 72: 1, 123-191.
- Mead, Walter Russell 2004: *Power, Terror, Peace, and War. America's Grand Strategy in a World of Risk*, New York.

- Mearsheimer, John J./Walt, Stephen M. 2003: *An Unnecessary War*, *Foreign Policy*, 134:1, 50-59.
- Müller, Harald 2002: Antinomien des demokratischen Friedens, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 43: 1, 46-81.
- Nielebock, Thomas 1993: Frieden zwischen Demokratien: Ein empirisches Gesetz der Internationalen Beziehungen auf der Suche nach seiner Erklärung, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 22: 2, 179-193.
- O'Connell, Mary Ellen 2002: The Myth of Preemptive Self-Defense, paper from the American Society of International Law (Presidential) Task Force on Terrorism, August 2002, im Internet unter: <<http://www.asil.org/taskforce/oconnell.pdf>>, Stand 29.08.2006.
- Perle, Richard 2000: Iraq: Saddam Unbound, in: Kagan, Robert/Kristol, William (Hg): *Present Dangers. Crisis and Opportunity in American Foreign and Defense Policy*, San Francisco, 99-110.
- PNAC (Project for a New American Century) 1998: Letter to President Clinton on Iraq, January 26, 1998, im Internet unter: <<http://www.newamericancentury.org/iraqclintonletter.htm>>, Stand 24.08.2006.
- PNAC (Project for a New American Century) 2000: Rebuilding America's Defenses: Strategy, Forces and Resources For a New Century, im Internet unter: <<http://www.newamericancentury.org/RebuildingAmericasDefenses.pdf>>, Stand 24.08.2006.
- Podhoretz, Norman 2004: World War IV. How it Started, What it Means, and Why we Have to Win it, in *Commentary* September 2004, im Internet unter: <http://www.commentarymagazine.com/A11802017_1.pdf>, Stand 29.08.2006.
- Pollack, Kenneth M. 2002: *The Threatening Storm. The United States and Iraq: The Crisis, the Strategy, and the Prospects after Saddam*, New York.
- Rice, Condoleezza 2000: Campaign 2000: Promoting the National Interest, in: *Foreign Affairs* 79: 1, 45-62.
- Risse, Thomas 2004: Der 9.11. und der 11.9. Folgen für das Fach der Internationalen Beziehungen, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 11: 1, 111-121.
- Schaller, Christian 2004: Das Friedenssicherungsrecht im Kampf gegen den Terrorismus, Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin.
- Sharansky, Natan/Dermer, Ron 2004: *The Case for Democracy. The Power of Freedom to Overcome Tyranny and Terror*, New York.
- Sharp, Walter G. 2000: The Use of Armed Force Against Terrorism: American Hegemony or Impotence?, in: *Chicago Journal of International Law*, 1: 1, 37-47.
- Sofaer, Abraham D. 2003: On the Necessity of Pre-emption, in: *European Journal of International Law*, 14: 2, 209-226.
- Steyn, Mark 2005: Debattenbeitrag, in: Bush's Strategy, Assessed: A symposium on the President's Novel Approach in the Middle East, and Beyond, *National Review*, 26.9.2005, im Internet unter: <<http://www.highbeam.com/library/docFree.asp?docid=1G1:136648548&key=0C177A56741D156E130F0017056D06087D07740C717E7506770A03>>, Stand 24.08.2006.
- Tomuschat, Christian 2003: Der selbstverliebte Hegemon. Die USA und der Traum von der unipolaren Welt, in: *Internationale Politik*, 58: 5, 39-47.
- Vidal, Gore 2002: *Perpetual War for Perpetual Peace. How we got to be so hated*, New York.
- Walt, Stephen M. 2005: *Taming American Power. The Global Response to U.S. Primacy*, New York.
- Walzer, Michael ³2000: *Just and Unjust Wars. A Moral Argument with Historical Illustrations*, New York.

- Wolfowitz, Paul 2003: Interview with the New Yorker Festival, 21.9.2003, Transkription, im Internet unter: <<http://www.defenselink.mil/transcripts/2003/tr20030921-depsecdef0724.html>>, Stand 24.08.2006.
- Wolfrum, Rüdiger 2005: Iraq – from Belligerent Occupation to Iraqi Exercise of Sovereignty: Foreign Power versus International Community Interference, in: *Max Planck Yearbook of United Nations Law*, 9, 1-45.
- Wolfrum, Rüdiger 2004: American-European Dialogue: Different Perceptions of International Law, in: *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht*, 64: 2, 255-262.
- Zangl, Bernhard/Zürn, Michael 2003: *Frieden und Krieg*, Frankfurt/Main.